

## INHALT:

### Editorial

Seite 106

### GI Aktuell

Seite 106

### Anwaltshaftung

Seite 108

Kündigungsschutzklage / Sachverhaltsinformation /  
Zwei Kündigungen  
(BGH, Urt. v. 11.2.1999 - IX ZR 14/98)

### Fristenkontrolle

Seite 112

Rechtsanwalt, organisatorische Maßnahmen / Fristenkalender  
und allg. Anweisung / Genaue Einzelanweisung  
(BGH, Urt. v. 27.10.1998 - X ZB 20/98)

### Fristenkontrolle - Elektronisches Fristenkontrollbuch

Seite 113

Rechtsanwaltsbüro / Organisationsverschulden / Kontroll-  
ausdruck, Ablage in Akte / Berufungsbegründungsfrist  
(BGH, Urt. v. 12.10.1998 - II ZB 11/98)

### Rechtsanwalt

Seite 115

Amtlich bestellter Vertreter / Handeln als Prozeß-  
bevollmächtigter oder Vertreter?  
(BGH, Urt. v. 22.10.1998 - VII ZB 15/98)

### Mangelhafter Fristverlängerungsantrag

Seite 116

Rechtsanwaltsbüro / Berufungsbegründungsfrist / Antrag des  
nicht postulationsfähigen RA / Wirksame Fristverlängerung  
(BGH, Urt. v. 8.10.1998 - VII ZB 21/98)

### Fristenkontrolle

Seite 117

RA- und Patentanwaltsbüro / Trennung der Bearbeitung /  
Berufungsbegründungsfrist  
(BGH, Urt. v. 17.9.1998 - I ZB 33/98)

### Steuerberaterhaftung

Seite 119

Hilfeleistung in Steuersachen / Sozialversicherungsberatung /  
Strafrechtliche Belehrung, § 266a StGB / Sozialversicherungs-  
haftung / Konkurs des Mandanten  
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 26.2.1998 - 13 U 61/97)

### Anwaltshaftung

Seite 124

Sicherster Weg / Verkehrsanwalt und Prozeßanwalt /  
Verantwortungsbereiche  
(OLG München, Urt. v. 27.2.1998 - 21 U 4491/97)

### Steuerberaterhaftung

Seite 125

Schadendarlegung, Schlechtleistung / Honorar des Steuerberaters /  
Nachbesserungen des neuen Beraters  
(LG Düsseldorf, Urt. v. 9.6.1998 - 7 O 364/97)

### GI Hinweis

Seite 128



## Editorial

*Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,*

*in dem Regreß wegen einer arbeitsrechtlichen Fehlleistung eines Rechtsanwalts weist der BGH darauf hin, daß das **Anwaltsmandat einen mitwirkungsbedürftigen Vertrag** begründet:*

*Verletzt der Mandant schuldhaft seine Pflicht zur Sachverhaltsinformation, trifft ihn der Vorwurf des Mitverschuldens.*

**Zum „Dauerbrenner“ Fristverschulden:**

⇒ **Die Anweisung, einen fertigen Schriftsatz vier Tage später** – am letzten Tag vor Fristablauf – **per Fax** an das Gericht zu senden, begründet eine vermeidbare Fehlerquelle, wenn nicht eine weitere Kontrollmaßnahme verfügt wird (BGH).

⇒ **Beim elektronischen Fristenkalender** kann durch einen Kontrollausdruck der Eingabefehler minimiert werden. Der Ausdruck ist dem Anwalt mit Akte vorzulegen (BGH).

*Das OLG Düsseldorf bestätigt, daß **es weder für Steuerberater noch für Wirtschaftsprüfer zu deren Aufgabengebiet gehört, über sozialversicherungsrechtliche Fragen** zu beraten.*

*Haftungsgefahren entstehen deshalb auch nicht, wenn das „Korrekturgesetz zum Arbeits- und Sozialversicherungsrecht“ – betr. u.a. die Scheinselbständigen – nicht beachtet wird. Hier sind die Rechtsanwälte aufgerufen, Streitfragen mit der BfA aufzugreifen.*

*Sind zwei Anwälte – **Verkehrs- und Prozeßanwalt** – mit einem Mandat befaßt, sind sie **Gesamtschuldner des Mandanten**. Der mißratene Schriftsatzentwurf des Verkehrsanwaltes beschränkt nicht den Verantwortungsbereich des Prozeßanwaltes. Nur im internen Schuldnerausgleich werden die verschiedenen Verursachungsbeiträge berücksichtigt.*

*Beim **Beraterwechsel** wird gelegentlich die Behauptung aufgestellt, der Vorberater habe schlecht gearbeitet, er müsse deshalb **Honorare zurückzahlen** und **Korrekturaufwand** des neuen Steuerberaters ersetzen.*

*Das LG Düsseldorf bestätigt, daß auch angebliche Schlechtleistungen keinen Honorarrückzahlungsanspruch begründen. Darüber hinaus muß der Mandant die Fehlleistungen im einzelnen benennen und den Zusammenhang mit Abstimmungsarbeiten des neuen Steuerberaters nachvollziehbar machen, wenn er Schadenersatz verlangen will.*



Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Dr. Jürgen Gräfe

## GI Aktuell

### BGH: Formularmäßiges Einverständnis mit Telefonwerbung unwirksam

Der für das Bankrecht zuständige XI. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hatte über die Zulässigkeit einer Formularklausel zu entscheiden, durch die sich ein Kreditinstitut im Zusammenhang mit der Eröffnung eines Girokontos das Einverständnis mit telefonischer „Beratung“ erklären läßt. Das Oberlandesgericht hatte die Klausel insoweit als unbedenklich angesehen, als sie Anrufe durch das Kreditinstitut selbst betraf. Nur soweit auch das Einverständnis mit Anrufen durch Kooperationspartner des Kreditinstituts erklärt werden sollte, war die Verwendung der Klausel im Berufungsurteil untersagt worden. Auf die Revision des klagenden Verbraucherschutzvereins hat der Bundesgerichtshof sie nunmehr in vollem Umfang für unzulässig erklärt.

Der XI. Zivilsenat hat die anlässlich der Kontoeröffnung vom Kunden gesondert zu unterschreibende Einverständniserklärung als **Teil der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank eingestuft und in ihr eine unangemessene Benachteiligung des Kunden im Sinne des § 9 AGBG gesehen**. Nach seiner Auffassung stellt die Telefonwerbung eine besonders schwerwiegende Beeinträchtigung der verfassungsrechtlich geschützten Privatsphäre dar, weil sie ein praktisch unkontrollierbares Eindringen in die Lebensgewohnheiten der Zielperson erlaubt und ihr zu ausschließlich vom Werbenden bestimmten Zeitpunkten Anpreisungen von Waren und Dienstleistungen in ihrem häuslichen Bereich aufzwingt.

Im Urteil wird darauf hingewiesen, daß diese massive Einflußnahme, der sich der Angerufene häufig nur unter Verletzung der Regeln der Höflichkeit entziehen könne, einen groben Mißbrauch des vom Anschlußinhaber im eigenen Interesse und auf eigene Kosten unterhaltenen Telefonanschlusses zu Werbezwecken darstelle und deshalb – **insbesondere auch im Hinblick auf die Nachahmungsgefahr** – in ständiger Rechtsprechung vom I. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs als wettbewerbswidrig angesehen werde, sofern der Kunde sich nicht mit ihr einverstanden erklärt habe.

Diese Grundsätze gelten nach Ansicht des XI. Zivilsenats erst recht gegenüber dem in seiner Privatsphäre zu schützenden Werbeadressaten selbst und schließen die Herbeiführung des Einverständnisses durch Allgemeine Geschäfts-

bedingungen aus. Die Kontoverbindung mit der Bank hat der Senat als Rechtfertigungsgrund ebensowenig gelten lassen wie die Tatsache, daß das formularmäßige Einverständnis nach der beanstandeten Klausel jederzeit widerruflich ist.

(BGH, Urt. v. 16.3.1999 – XI ZR 76/98)

Pressemitteilung d. BGH v. 16.3.1999

**BGH: Bedingungsanpassungsklausel in Allgemeinen Versicherungsbedingungen unwirksam**

Der Bundesgerichtshof hat über die Wirksamkeit einer sog. Bedingungsanpassungsklausel in Allgemeinen Versicherungsbedingungen entschieden.

Insbesondere bei langfristigen Versicherungsverträgen können sich Umstände ändern, die eine nachträgliche Anpassung der Bedingungen erforderlich machen. Deshalb haben Versicherungsunternehmen häufig eine **Klausel in ihre Allgemeinen Versicherungsbedingungen aufgenommen, mit der sie sich eine Änderung der Bedingungen vorbehalten**. Solche Bedingungsanpassungsklauseln müssen, um wirksam zu sein, bestimmten Voraussetzungen genügen. Darum ging es in der Entscheidung des Bundesgerichtshofs. Sie hat Bedeutung für alle Versicherungszweige.

Ein Verbraucherschutzverein hat die Bedingungsanpassungsklausel eines deutschen **Rechtsschutzversicherungsunternehmens** zur gerichtlichen Überprüfung gestellt. Diese Klausel sieht vor, daß das Unternehmen bei Änderungen von Gesetzen, der höchstrichterlichen Rechtsprechung, der Verwaltungspraxis des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen oder der Kartellbehörden berechtigt sein soll, einzelne Bedingungen mit Wirkung für bestehende Verträge zu ergänzen oder zu ersetzen. Auch zur Beseitigung von Auslegungszweifeln soll das Unternehmen den Wortlaut der Versicherungsbedingungen ändern dürfen. Die geänderten Bedingungen sollen als genehmigt gelten, wenn der Versicherungsnehmer nicht innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich widerspricht.

Der Bundesgerichtshof hat diese Klausel für unwirksam erklärt. Sie hält insgesamt einer Kontrolle nach § 9 des Gesetzes über die Allgemeinen Geschäftsbedingungen, zu denen auch Allgemeine Versicherungsbedingungen gehören,

nicht stand. Nach dieser Vorschrift sind Klauseln unwirksam, die den Vertragspartner – hier den Versicherungsnehmer – entgegen den Geboten von Treu und Glauben unangemessen benachteiligen.

**Der Bundesgerichtshof hat insbesondere daran Anstoß genommen, daß die Anwendung dieser Klausel auch zu Nachteilen des Versicherungsnehmers führen kann, die bei einem bestehenden Vertrag nicht gerechtfertigt sind. Außerdem ist die Klausel nicht hinreichend klar formuliert.**

(BGH, Urt. v. 17.3.1999 – IV ZR 218/97)

Pressemitteilung d. BGH v. 17.3.1999

**GDV: Steuerliche Behandlung von Vertragsänderungen bei Lebensversicherungen – Finanzverwaltung rückt von strenger Novationstheorie ab**

Die steuerliche Behandlung von Vertragsänderungen bei Lebensversicherungen war bislang umstritten. Die Finanzverwaltung hat in den letzten Jahren zunehmend die Auffassung vertreten, daß eine Vertragsänderung steuerlich als Beendigung des bisherigen und Abschluß eines neuen Vertrages zu beurteilen ist. Diese sog. strenge Novationstheorie führt in der Praxis zu einer unangemessenen Besteuerung, wenn einer dieser Verträge die steuerliche Mindestvertragsdauer von 12 Jahren nicht erfüllt. Der GDV hat sich daher für eine praktikable Lösung eingesetzt, die zugleich auch den steuerlichen Kriterien entspricht.

**Die obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder haben nunmehr entschieden, daß bei nachträglichen Vertragsänderungen bei Lebensversicherungen, wie z.B. einer Erhöhung des Beitrags und der Versicherungssumme, steuerrechtlich grundsätzlich vom Fortbestand des ursprünglichen Vertrages und nur hinsichtlich der Änderung von einem neuen Vertrag auszugehen ist.**

Dieser neue Vertrag ist steuerbegünstigt, wenn er seinerseits alle Kriterien erfüllt, insbesondere wenn die Laufzeit ab der Änderung noch 12 Jahre beträgt. Ist die Laufzeit kürzer als 12 Jahre, sind nur die auf den zusätzlichen Vertragsteil entfallenden Zinsen steuerpflichtig und nicht – wie nach der sog. strengen Novationstheorie – die Zinsen aus dem gesamten Vertrag.

Pressemitteilung d. GDV v. 22.3.1999

**BFH: Einkommensbesteuerung von Trinkgeldern nicht verfassungswidrig**

Der VI. Senat des Bundesfinanzhofs (BFH) hat mit Urteil vom 19.2.1999 – VI R 43/95 entschieden, daß die einkommensteuerliche Erfassung von Trinkgeldern nicht gegen den Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 des Grundgesetzes verstößt.

In dem entschiedenen Fall hatte ein in einem Speiselokal tätiger Kellner eine gleichheitswidrige Benachteiligung gegenüber Empfängern von Trinkgeldern außerhalb des Hotel- und Gaststättengewerbes geltend gemacht. Er trug vor, daß Trinkgelder in der Praxis im wesentlichen nur innerhalb des Hotel- und Gaststättengewerbes erfaßt würden, in anderen Branchen aus tatsächlichen Gründen jedoch nicht. Dadurch entstehe eine verfassungswidrige Ungleichheit im Belastungserfolg.

Der BFH folgte diesen Argumenten nicht. Er führte aus, daß bereits innerhalb der Gastronomie je nach der Funktion des Beschäftigten und den Begleitumständen unterschiedlich hohe Trinkgelder zu erfassen seien. Nichts anderes gelte im Grundsatz für andere Dienstleistungen, bei denen nach der Lebenserfahrung freiwillige Trinkgelder gezahlt würden. Ungewißheiten im Einzelfall sei im Wege der Schätzung Rechnung zu tragen.

Auf fehlender Rechtstreue des Steuerschuldners beruhende Schwierigkeiten beim praktischen Vollzug einer Vorschrift seien im übrigen allein noch kein Grund, Trinkgelder generell von der Besteuerung freizustellen. Würden Steuern auf freiwillig gewährte Trinkgelder nicht erhoben, so würde dies andererseits den Anspruch auf Gleichbehandlung derjenigen Arbeitnehmer berühren, die bei gleicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ihren Arbeitslohn in vollem Umfang zu versteuern hätten.

(BFH, Urt. v. 19.2.1999 – VI R 43/95)

Pressemitteilung d. BFH v. 1.4.1999

## Anwaltshaftung

- Kündigungsschutzklage
  - Sachverhaltsinformation
  - Zwei Kündigungen
- (BGH, Urt. v. 11.2.1999 – IX ZR 14/98)

**Leitsätze:**

1. Ein Rechtsanwalt handelt fahrlässig, wenn er eine Kündigungsschutzklage nur gegen eine zweite Kündigung erhebt, obwohl er Anhaltspunkte dafür hat, daß dem Mandanten möglicherweise zuvor schon einmal gekündigt worden ist.

2. Verletzt der Mandant schuldhaft seine Informationspflicht und wird das Informationsverschulden mitursächlich für den letztlich durch eine anwaltliche Fehlleistung eingetretenen Schaden, kann der Schadenersatzanspruch durch Mitverschulden gemindert sein.

**Zum Sachverhalt:**

Der Kläger nimmt den Beklagten, einen Fachanwalt für Arbeitsrecht, wegen anwaltlicher Pflichtverletzungen auf Schadenersatz in Anspruch.

Der Kläger war bei den V. beschäftigt. Diese waren mit den Leistungen des Klägers unzufrieden. Deswegen kam es am 26.9.1994 zu einem Gespräch zwischen dem Geschäftsführer der V. und dem Kläger. Ob der Geschäftsführer bei dieser Gelegenheit dem Kläger mündlich gekündigt oder die Beendigung der Zusammenarbeit nur angekündigt hat, ist streitig.

Am 28. und am 29.9.1994 kam es zu weiteren Besprechungen des Klägers mit dem Geschäftsführer der V. Das letzte Gespräch endete damit, daß dem Kläger ein unmittelbar zuvor gefertigtes Schreiben mit einer Kündigung zum 31.12.1994 ausgehändigt wurde.

Am 4.10.1994 reichte der Kläger, vertreten durch den Beklagten, gegen die Kündigung vom 29.9.1994 eine Schutzklage zum Arbeitsgericht ein. Die V. verteidigte sich dagegen unter anderem mit der – unter Beweis gestellten – Behauptung, dem Kläger sei bereits am 26.9.1994 mündlich gekündigt und dagegen sei Klage nicht erhoben worden. Das Arbeitsgericht gab der Klage statt.

In der Berufungsinstanz ließ das Landesarbeitsgericht durchblicken, daß es den Einwand der V., es sei vor der schriftlichen Kündigung schon mündlich gekündigt worden, als erheblich ansehe und wohl Beweis erheben werde. Daraufhin schloß der Kläger mit der V. einen Prozeßvergleich des Inhalts, daß das Arbeitsverhältnis zum 31.12.1994 geendet habe und die V. eine Abfindung zahle.

Mit der vorliegenden Klage nimmt der Kläger den Beklagten auf Schadenersatz in Höhe von 85.000 DM in Anspruch. Er macht geltend, der Beklagte habe rechtzeitig erfahren, daß die V. der Meinung sei, vor der schriftlichen sei eine mündliche Kündigung erfolgt, und sei deshalb verpflichtet gewesen, die Kündigungsschutzklage sicherheitshalber gegen beide Kündigungen zu erheben. Außerdem habe der Beklagte ihn vor dem Vergleichsabschluß nicht richtig beraten.

Das Landgericht hat der Klage dem Grunde nach stattgegeben. Das Oberlandesgericht hat sie auf die Berufung des Beklagten hin abgewiesen.

Mit seiner Revision erstrebt der Kläger die Zurückweisung der Berufung. Das Rechtsmittel hat weitgehend Erfolg.

#### Aus den Gründen:

#### I.

Das Berufungsgericht hat ausgeführt, selbst wenn unterstellt werde, daß der Kläger dem Beklagten von vornherein erklärt habe, ihm sei schon am 26.9.1994 mündlich gekündigt worden, sei es nicht pflichtwidrig gewesen, die Klage lediglich gegen die schriftliche Kündigung vom 29.9.1994 zu richten und auch später nicht auf die mündliche Kündigung vom 26.9.1994 zu erweitern. Die beiden Kündigungserklärungen hätten nur eine einzige – doppelt verlautbarte – Kündigung dargestellt. Selbst wenn zwei Kündigungen vorgelegen hätten, habe die Kündigungsschutzklage beide umfaßt.

Im übrigen habe der Beklagte keinen Anlaß zu der Annahme gehabt, daß dem Kläger bereits am 26.9.1994 mündlich gekündigt worden sei. Dem Beklagten könne auch nicht zum Vorwurf gemacht werden, den Kläger bei der Vergleichserörterung nicht sachgemäß beraten zu haben.

#### II.

Diese Ausführungen halten einer rechtlichen Überprüfung nicht stand. Ob der Beklagte den Kläger bei der Erörterung des Vergleichsschlusses nicht richtig beraten hat, kann dahinstehen. Es war bereits pflichtwidrig und schuldhaft, die Kündigungsschutzklage innerhalb der dreiwöchigen Frist des § 4 Satz 1 KSchG nicht auch gegen eine bereits am 26.9.1994 mündlich ausgesprochene Kündigung zu richten.

1. Nach gefestigter Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ist der **um eine Beratung ersuchte Rechtsanwalt zu einer umfassenden und möglichst erschöpfenden Belehrung seines Auftraggebers verpflichtet**. Er hat diesem diejenigen Schritte anzuraten, die zu dem erstrebten Ziel zu führen geeignet sind, und Nachteile für den Auftraggeber zu verhindern, soweit solche voraussehbar und vermeidbar sind.

**Dazu hat er dem Auftraggeber den relativ sichersten und am wenigsten gefährlichen Weg vorzuschlagen und ihn über mögliche Risiken aufzuklären, damit der Mandant zu einer sachgerechten Entscheidung in der Lage ist** (BGH, Urt. v. 16.5.1991 – IX ZR 131/90, NJW 1991, 2079 f; v. 20.10.1994 – IX ZR 116/93, GI 1995, 70 = NJW 1995, 449, 450; v. 13.3.1997 – IX ZR 81/96, GI 1997, 185 = NJW 1997, 2168, 2169).

2. Entgegen der Meinung des Berufungsgerichts hatte der Beklagte innerhalb der dreiwöchigen, erst am 17.10.1994 endenden Frist des § 4 Satz 1 KSchG Anlaß zu der Annahme, daß dem Kläger bereits am 26.9.1994 mündlich gekündigt worden war.

Entsprechende Anhaltspunkte ergaben sich aus dem Reisebericht des Klägers für die Zeit vom 26. bis 30.9.1994, den der Beklagte unstreitig am 10.10.1994 erhalten hat, als er noch rechtzeitig die Kündigungsschutzklage hätte erweitern können. In diesem Bericht hatte der Geschäftsführer der V. unter dem Datum des 26.9.1994 handschriftlich vermerkt: „Kündigung ausgesprochen“. Diesen Vermerk hat der Beklagte auch zur Kenntnis genommen, denn nach seinem eigenen Vorbringen hat er ihn am 14.10.1994 mit dem Kläger erörtert.

Das Berufungsgericht ist davon ausgegangen, daß der Geschäftsführer der V. der Meinung gewesen sei, schon am 26.9.1994 eine Kündigung ausgesprochen zu haben, und daß der Beklagte dies der Eintragung in dem Bericht auch habe

entnehmen können. Gleichwohl, so hat das Berufungsgericht gemeint, habe damit noch nicht die Gefahr gedroht, daß die Arbeitsgerichte von einem derartigen Sachverhalt ausgehen würden. Der Beklagte habe der Darstellung seines Mandanten Glauben schenken dürfen. Nach dem unwiderlegten Vorbringen des Beklagten habe ihm der Kläger seinerzeit stets versichert, daß am 26.9.1994 eine Kündigung zwar in Aussicht gestellt, aber noch nicht ausgesprochen worden sei. Kein Anwalt müsse für einen Sachverhalt Vorsorge treffen, der nach der Darstellung des Mandanten gar nicht gegeben sei. Dieser müsse seinem Anwalt zugestehen, seine Erklärungen für wahr zu halten.

Diese Erwägungen sind fehlerhaft. Dabei mag zugunsten des Beklagten unterstellt werden, daß der Kläger bei der Vorbereitung der Kündigungsschutzklage und im arbeitsgerichtlichen Verfahren stets angegeben hat, am 26.9.1994 sei keine Kündigung ausgesprochen worden. Da sich aus dem Reisebericht ergab, daß die V. den gegenteiligen Standpunkt vertrat, war aber damit zu rechnen, daß sie Entsprechendes auch im Kündigungsschutzprozeß vortragen und unter Beweis stellen würde. Damit traf den Beklagten unter dem Gesichtspunkt des „sichersten Weges“ die Anwaltpflicht, sich nicht blindlings auf die Angaben des Klägers zu verlassen.

3. Wenn dem Kläger möglicherweise bereits am 26.9.1994 mündlich gekündigt worden war, durfte der Beklagte nicht darauf vertrauen, daß die mündliche Kündigung und die drei Tage später erfolgte schriftliche Kündigung nur als **eine - doppelt verlautbarte - Kündigungserklärung** betrachtet werden würden.

Es mag aus der Sicht des Beklagten durchaus nahegelegen haben, daß eine - entgegen den Angaben des Klägers - eben doch schon am 26.9.1994 mündlich ausgesprochene Kündigung und die schriftliche Kündigung vom 29.9.1994 insgesamt nur eine einzige Kündigung darstellten. Dafür konnte sprechen, daß der Geschäftsführer der V. in dem Reisebericht des Klägers unter dem Datum des 29.9.1994 vermerkt hatte: „Kündigung schriftlich bestätigt“. Dennoch war es zumindest riskant, darauf zu bauen, auch in einem Falle wie dem vorliegenden werde die Rechtsprechung von einer einzigen Kündigung ausgehen.

Zwischen dem Gespräch vom 26.9.1994 - bei dem angeblich die erste Kündigung ausgesprochen worden war - und der Übergabe des Kündigungs-

schreibens vom 29.9.1994 hatten immerhin **drei Tage** gelegen. Es hatten in dieser Zeit zwischen dem Kläger und dem Geschäftsführer der V. zwei Gespräche stattgefunden, wobei der Verlauf des letzten Gesprächs der unmittelbare Anlaß für die zweite Kündigung gewesen war. **Die zweite nahm auf die erste Kündigung auch nicht Bezug.** Daß von der „Bestätigung“ einer Kündigung die Rede gewesen war, ließ nicht zwingend darauf schließen, die „bestätigende“ Kündigung habe keine selbständige Bedeutung.

Insbesondere nach dem Sprachgebrauch rechtlicher Laien mögen alle Kündigungen, die einer wirksamen ersten Kündigung nachfolgen, als „Bestätigung“ der ersten bezeichnet werden. Der Beklagte hat denn auch selbst nicht die erste Kündigung als die maßgebliche und die zweite als bloße Bestätigung angesehen; denn mit der Kündigungsschutzklage angefochten hat er nicht die erste, sondern die zweite Kündigung. Dieser Sachverhalt war mit demjenigen, den das Bundesarbeitsgericht bis dahin im Sinne einer einzigen Kündigung beurteilt hatte (vgl. BAG, AP Nr. 39 zu § 3 KSchG; ferner BAG, NZA 1995, 417), nicht ohne weiteres vergleichbar.

4. Mußte sich der Beklagte auf das Vorliegen von zwei Kündigungserklärungen einrichten, durfte er sich auch nicht darauf verlassen, daß das angerufene Arbeitsgericht davon ausgehen werde, die gegen die schriftliche Kündigung vom 29.9.1994 gerichtete Klage umfasse zugleich eine drei Tage zuvor mündlich ausgesprochene Kündigung.

**Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts gilt für Kündigungsschutzklagen nach § 4 KSchG die Theorie des „punktuellen Streitgegenstands“. Streitgegenstand ist grundsätzlich nur die Auflösung des Arbeitsverhältnisses gerade durch die angegriffene Kündigung und zu dem in ihr vorgesehenen Termin** (BAGE 57, 231, 238 ff; BAG, NJW 1994, 2780, 2781 f; NJW 1998, 698). Zwar soll nach der Rechtsprechung der Arbeitsgerichte der Kündigungsschutz des Arbeitnehmers nach Möglichkeit nicht an formalen Gründen scheitern (BAG, NJW 1994, 1084, 1086 unter 2 b cc; NZA 1995, 417 f).

Wenn der Beklagte das Gespräch vom 26.9.1994 in der Klageschrift wenigstens erwähnt und zu verstehen gegeben hätte, daß der Kläger diesem nur die Ankündigung der Vertragsbeendigung, aber noch keine Kündigung entnommen habe, hätte möglicherweise die Annahme nahegelegen,

daß er sich nicht nur gegen die Kündigung vom 29.9.1994 zur Wehr setzen wollte, sondern auch gegen eine am 26.9.1994 ausgesprochene Kündigung (vgl. Diller, NJW 1998, 663, 665). Die Klageschrift erwähnte jedoch das Gespräch vom 26.9.1994 mit keinem Wort. Innerhalb der Drei-Wochen-Frist des § 4 Satz 1 KSchG wurde der Vortrag auch nicht ergänzt.

Selbst wenn, wie die Revisionserwiderung meint, der Standpunkt des Landesarbeitsgerichts unrichtig gewesen sein sollte, könnte der Beklagte daraus gegenüber dem Kläger nichts herleiten. **Denn der Anwalt ist verpflichtet, Fehlern eines Gerichts vorzubeugen** (vgl. BGH, Urt. v. 28.6.1990 - IX ZR 209/89, WM 1990, 1917, 1919; v. 15.12.1994 - IX ZR 45/94, NJW 1995, 1419, 1420). Das Risiko, daß das Landesarbeitsgericht dem gegnerischen Vortrag, es sei bereits am 26.9.1994 gekündigt worden und diese Kündigung sei nicht angefochten, nicht ohne weiteres jede Erfolgsaussicht absprechen, sondern dazu Beweis erheben würde, hat der Beklagte durch seine fahrlässige Pflichtverletzung heraufbeschworen.

### III.

Die in der Beschränkung des Gegenstands der Kündigungsschutzklage liegende Pflichtverletzung ist für den Schaden des Klägers ursächlich geworden. Das Landgericht hat festgestellt, daß sich der Kläger auf den Abfindungsvergleich nicht eingelassen hätte, wenn die Kündigungsschutzklage auch gegen die mündliche Kündigung vom 26.9.1994 gerichtet worden wäre. Denn in diesem Falle hätte der Kläger, weil die Kündigungen sozial ungerechtfertigt gewesen seien, den Prozeß gewonnen. Dagegen ist in der Berufungsinstanz nichts erinnert worden.

Falls der Beklagte, wie er behauptet hat, dem Kläger vom Abschluß des arbeitsgerichtlichen Vergleichs abgeraten hat, ändert dies nichts an der Ursächlichkeit der vorstehend beschriebenen Pflichtwidrigkeit für den Schaden, den der Kläger mit dem Abschluß des Vergleichs hinnehmen mußte.

Ob der Abschluß eines Vergleichs, der den Schaden erst herbeiführt, den rechtlichen Ursachenzusammenhang unterbricht, hängt von den Umständen des Einzelfalles ab. Dabei sind die Erfolgsaussichten des Geschädigten im Falle einer gerichtlichen Entscheidung zu berücksichtigen (BGH, Urt. v. 7.1.1993 - IX ZR 199/91, WM 1993, 1189, 1190). **Dient der Vergleich der Beseitigung einer Unsicherheit, die der Anwalt**

**durch pflichtwidriges Verhalten geschaffen hat, wird eine Unterbrechung des Ursachenzusammenhangs nur ausnahmsweise in Betracht kommen.**

**Im vorliegenden Fall war der Abschluß des Vergleichs eine angemessene - wenn nicht gar zur Schadenminderung gebotene - Reaktion des Klägers auf die prozessuale Lage, die durch die Pflichtverletzung des Beklagten geschaffen worden war.** Das Landesarbeitsgericht hatte angedeutet, daß es über die behauptete mündliche Kündigung Beweis erheben werde. Es mußte damit gerechnet werden, daß die von der V. angebotene Zeugin die mündliche Kündigung bestätigen würde. Dann wäre die Kündigungsschutzklage abgewiesen worden und der Schaden des Klägers noch wesentlich größer geworden.

Das angefochtene Urteil erweist sich auch nicht aus anderen Gründen als richtig (§ 563 ZPO). Insbesondere liegt kein **Mitverschulden des Klägers** vor, das seinen Schadenersatzanspruch gänzlich ausschließt.

Allerdings muß, weil den Beweisangeboten des Beklagten bislang noch nicht nachgegangen worden ist, davon ausgegangen werden, daß der Kläger ihm gegenüber strikt behauptet hat, das Gespräch vom 26.9.1994 sei ohne Zeugen geführt und eine Kündigung sei dabei nicht ausgesprochen worden. **Wenn der Kläger dem Beklagten gegenüber diese Behauptungen aufgestellt hat, die Behauptungen falsch waren und der Kläger dies erkennen konnte, kann ihn deswegen ein Mitverschuldensvorwurf treffen** (vgl. hierzu BGH, Urt. v. 28.10.1993 - IX ZR 252/92, GI 1994, 67 = NJW 1994, 217, 218; v. 17.11.1994 - IX ZR 208/93, GI 96, 85 = WM 1995, 212, 214).

**Der Grundsatz, daß ein Mitverschulden des Mandanten nicht in Betracht kommt, soweit es um die rechtliche Bearbeitung des Falles geht** (BGH, Urt. v. 19.12.1991 - IX ZR 41/91, GI 1992, 259 = NJW 1992, 820), steht nicht entgegen. Denn der Umstand, aus dem sich möglicherweise ein Mitverschulden des Klägers ergibt, bezieht sich gerade nicht auf die rechtliche Bearbeitung des Falles, sondern auf die Information des Beklagten, auf deren Grundlage dieser die rechtliche Bearbeitung des Falles erst vornehmen sollte.

Verletzt der Mandant schuldhaft seine Informationspflicht und wird das Informationsverschulden mitursächlich für den letztlich durch eine anwaltliche Fehlleistung eingetretenen Schaden,

kann der Schadenersatzanspruch durch Mitverschulden gemindert sein. Dieses geht hier aber jedenfalls nicht so weit, daß der schuldhafte Pflichtenverstoß des Beklagten daneben nicht mehr ins Gewicht fällt.

**Denn es hätte für den Beklagten nur einen geringen Aufwand bedeutet, die Klage „sicherheitshalber“ auf die angebliche Kündigung vom 26.9.1994 zu erstrecken.** Der Frage, ob die Information des Mandanten sich in einer Beweisaufnahme als richtig oder falsch herausstellen würde, wäre damit in keiner Weise vorgegriffen worden. Der Beklagte hätte durch die Klageerweiterung also auch nicht zum Ausdruck gebracht, daß er den Angaben seines Mandanten mißtraue.

## Fristenkontrolle

- Rechtsanwalt, organisatorische Maßnahmen
- Fristenkalender und allg. Anweisung
- Genaue Einzelanweisung  
(BGH, Urt. v. 27.10.1998 - X ZB 20/98)

### Leitsatz:

Mit der Anweisung an eine Angestellte, die bereits vorbereitete Berufungsschrift vier Tage später per Telefax an das zuständige Gericht zu übermitteln, wird nicht den Anforderungen genügt, die im Hinblick auf den fristwahren den Eingang der Berufung an einen Rechtsanwalt zu stellen sind.

### Aus den Gründen:

#### I.

Das Landgericht N. hat durch am 16.4.1998 verkündetes Urteil die Beklagten verurteilt, an den Kläger 108.000 DM nebst Zinsen zu zahlen. Das Urteil ist den Beklagten zu Händen ihres erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten am 29.4.1998 zugestellt worden. Rechtsanwalt T. hat als zweitinstanzlicher Prozeßbevollmächtigter Berufung eingelegt. Die Berufungsschrift vom 29.5.1998 ist per Telefax am 2.6.1998 beim Oberlandesgericht eingegangen. Die Beklagten haben beantragt, ihnen gegen die Versäumung der Berufungsfrist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren, weil es durch ein Versehen der bei Rechtsanwalt T. angestellten G. zu der Fristversäumung gekommen sei.

Das Oberlandesgericht hat den Antrag der Beklagten auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zurückgewiesen und die Berufung der Beklagten gegen das am 16.4.1998 verkündete Urteil des Landgerichts N. als unzulässig verworfen.

Hiergegen wenden sich die Beklagten mit ihrer sofortigen Beschwerde.

#### II.

Da eine Prozeßpartei gemäß § 85 Abs. 2 ZPO für das Verhalten ihres Prozeßbevollmächtigten einzustehen hat, kommt gemäß § 233 ZPO eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nur in Betracht, wenn ausgeschlossen werden kann (st. Rspr., z.B. BGH, Beschl. v. 18.10.1995 - I ZB 15/95, NJW 1986, 319), daß Rechtsanwalt T. die Versäumung der am 29.5.1998 ablaufenden Frist zur Einlegung der Berufung gegen das am 29.4.1998 zugestellte Urteil des Landgerichts N. durch ein vorwerfbares Fehlverhalten verursacht hat. Diese Feststellung ist jedoch nicht möglich.

**1. Ein Prozeßbevollmächtigter muß dafür Sorge tragen, daß ein fristwahrender Schriftsatz nicht nur rechtzeitig hergestellt wird, sondern auch fristgerecht bei dem zuständigen Gericht eingeht.** Er ist gehalten, durch entsprechende organisatorische Maßnahmen Fehlerquellen bei der Behandlung von Fristsachen in größtmöglichem Umfang auszuschließen (st. Rspr., z.B. BGH, Beschl. v. 13.6.1996 - VII ZB 13/96, GI 1996, 255 = NJW 1996, 2513). Hierzu gehört insbesondere eine hinreichend **sichere Ausgangskontrolle, durch die zuverlässig verhindert wird, daß fristwahrende Schriftstücke über den Fristablauf hinaus in der Kanzlei liegenbleiben** (st. Rspr., z.B. BGH, Beschl. v. 26.9.1995 - XI ZB 13/95, NJW 1996, 130 m.w.N.).

**2. Die hierzu erforderlichen organisatorischen Maßnahmen können in der Führung eines Fristenkalenders und der allgemeinen Anweisung bestehen, daß der Fristenkalender am Ende eines jeden Arbeitstages von einem Mitarbeiter des Prozeßbevollmächtigten kontrolliert wird** (st. Rspr., z.B. BGH, Beschl. v. 9.6.1992 - VI ZB 9/92, NJW-RR 1992, 1277 m.w.N.), **wenn der Rechtsanwalt diese Aufgaben einer bestimmten qualifizierten Person überträgt** (BGH, Beschl. v. 8.7.1992 - XII ZB 55/92, NJW 1992, 3176) **und deren Eignung und Zuverlässigkeit fortlaufend überwacht** (BGH, Beschl. v. 10.2.1972 - III ZR 173/71, VersR 1972, 557).



Es ist nicht dargetan, daß Rechtsanwalt T. in dieser Weise für den fristwahren Eingang der Berufungsschrift vom 29.5.1998 gesorgt hätte. Zwar soll die an diesem Tage ablaufende Berufsfrist in einen Fristenkalender eingetragen worden sein. Über die Anordnung und Durchführung einer allabendlichen Kontrolle des Fristenkalenders durch eine damit betraute qualifizierte Kanzleikraft verhalten sich jedoch weder das Gesuch um Wiedereinsetzung noch die Beschwerdeschrift. Die Beklagten behaupten lediglich, Rechtsanwalt T. habe die Büroangestellte G. am 25.5.1998 angewiesen, die an diesem Tag bereits vorbereitete Berufungsschrift am 29.5.1998 per Telefax an das Oberlandesgericht zu übermitteln.

**3. Ein Prozeßbevollmächtigter kann auch mit einer genauen Einzelanweisung an eine zuverlässige Angestellte eine Fristwahrung gewährleisten** (BAG, Urt. v. 9.1.1990 - 3 AZR 528/89, NJW 1990, 2707). Der Bundesgerichtshof hat beispielsweise im Falle des kurz bevorstehenden Ablaufs der Berufsfrist als ausreichend angesehen, eine zuverlässige Kanzleikraft anzuweisen, die fertiggestellte Berufungsschrift in die Ausgangsmappe für die OLG-Post zu legen (BGH, Beschl. v. 26.9.1995 - XI ZB 13/95, NJW 1996, 130).

Auch Einzelanweisungen müssen aber - wie die unter Nr. 2. behandelten allgemeinen organisatorischen Maßnahmen - über ihre Eignung, den gewünschten Erfolg herbeizuführen, hinaus hinreichende Gewähr bieten, daß eine Fristversäumung zuverlässig verhindert wird. Hiervon kann im vorliegenden Fall nicht ausgegangen werden, weil die Anweisung von Rechtsanwalt T. durch seine Büroangestellte erst vier Tage später ausgeführt werden sollte.

Anders als in dem beispielhaft erwähnten Fall bestand hier nicht nur die letztlich nicht zu beseitigende Gefahr, daß auch einem ansonsten zuverlässigen Mitarbeiter ein Fehler unterlaufen kann. **Durch eine erst nach Tagen auszuführende Anweisung an eine Angestellte, die in der Zwischenzeit und an dem betreffenden Tag mit anderen Arbeiten beschäftigt wird, wird der Gefahr, daß die Befolgung der Anweisung vergessen wird, Vorschub geleistet.** Es wird eine vermeidbare Fehlerquelle geschaffen. Auch Rechtsanwalt T. mußte damit rechnen, daß sich die dadurch geschaffene Möglichkeit realisieren und Frau G. angesichts ihrer anderweitigen arbeitsmäßigen Belastung die Erledigung des Telefax am 29.5.1998 vergessen könnte.

Ausweislich ihrer eidesstattlichen Versicherung vom 4.8.1998 führt die Angestellte ihr Versehen selbst darauf zurück, daß sie am 29.5.1998 noch zahlreiche andere Schriftsätze zu erledigen hatte.

**Ein Prozeßbevollmächtigter, der die übliche Sorgfalt eines ordentlichen Rechtsanwalts wahren läßt** (vgl. zu diesem Maßstab BAG, Urt. v. 21.1.1987 - 4 AZR 86/86, NZA 1987, 357), **hätte deshalb nicht allein auf die Einhaltung der Anweisung vertraut, sondern zusätzlich zu dieser durch eine geeignete Kontrollmaßnahme Sorge dafür getragen, daß die Einreichung der Berufungsschrift am letzten Tage der Berufsfrist nicht aus dem genannten Grund übersehen würde.**

## Fristenkontrolle - Elektronisches Fristenkontrollbuch

- Rechtsanwaltsbüro
  - Organisationsverschulden
  - Kontrollausdruck, Ablage in Akte
  - Berufungsbegründungsfrist
- (BGH, Urt. v. 12.10.1998 - II ZB 11/98)

### Leitsatz:

Zur Organisationspflicht des Anwalts bei elektronischer Kalenderführung.

### Aus den Gründen:

#### I.

Die Kläger sind Gesellschafter der Beklagten. Die Parteien streiten über die Wirksamkeit von Beschlüssen, die in der Gesellschafterversammlung vom 5.7.1996 gefaßt worden sind. Das Landgericht hat die Klage abgewiesen. Dagegen haben die Kläger am 18.7.1997 fristgerecht Berufung eingelegt und zugleich eine Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist bis zum 27.10.1997 beantragt. Dem hat der Senatsvorsitzende durch Verfügung vom 14.8.1997 entsprochen.

Unter dem 3.11.1997 ließ er den Klägern mitteilen, daß wegen bisher fehlender Berufungsbegründung die Verwerfung der Berufung beabsichtigt sei. Die Kläger haben ordnungsgemäß Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt und dazu im wesentlichen vorgetragen,

der Fristenkalender ihres Prozeßbevollmächtigten werde elektronisch mit einem bewährten Programm so geführt, daß der Verlust eines Datensatzes ausgeschlossen sei. Die Fristenverwaltung obliege der darin eingeübten, regelmäßig überprüften und verlässlichen Anwaltssekretärin Z. Diese sei – entsprechend ihrer eidesstattlichen Versicherung – bei Eingang der Verlängerungsverfügung am 18.8.1997, dem ersten Tag nach ihrem Urlaub, wohl versehentlich von der üblichen Reihenfolge abgewichen, zunächst die (neue) Frist mit Vorfrist elektronisch einzugeben, sie dann in den Notkalender einzutragen und die Erledigung dieser Vorgänge auf dem eingegangenen und dem Anwalt vorzulegenden Schriftstück zu bestätigen. Da die beiden letzteren Schritte erfolgt seien, müsse sie wohl die elektronische Eingabe vergessen haben.

Das Berufungsgericht hat die Berufung der Kläger unter Zurückweisung ihres Wiedereinsetzungsantrages als unzulässig verworfen. Dagegen richtet sich ihre fristgerecht eingelegte sofortige Beschwerde.

## II.

Die sofortige Beschwerde ist nicht begründet. Die Kläger haben ein Eigenverschulden ihres Prozeßbevollmächtigten an der Fristversäumung (§§ 233, 85 Abs. 2 ZPO), hier in Form eines **Organisationsverschuldens**, nicht ausgeräumt (zu diesem Erfordernis vgl. BGH, Beschl. v. 18.10.1995 – I ZB 15/95, NJW 1996, 319 m.w.N. = GI 1996, 35).

1. Die Kläger haben zwar in ihrer Beschwerdebegründung verdeutlicht, **daß das Ende der ursprünglichen gesetzlichen Berufungsbegründungsfrist zum 18.8.1997 im elektronischen Kalender eingetragen gewesen sei** (vgl. dazu BGH, Beschl. v. 6.5.1997 – VI ZB 12/97, NJW-RR 1997, 1153 = GI 1997, 289). Eine Löschung dieser Frist, die allenfalls unter Eingabe der neuen Frist hätte erfolgen dürfen (vgl. auch BGH, Beschl. v. 10.7.1997 – IX ZB 57/97, NJW 1997, 3177 = GI 1998, 20), wollen die Kläger ausschließen, weil erledigte Fristen in dem elektronischen Kalender grundsätzlich nicht gelöscht, sondern allenfalls mit einem Vermerk versehen würden, der entweder von den Anwälten selbst oder auf deren ausdrückliche Weisung angebracht werde.

**Trifft das zu, dann hätte aber bei der abendlichen Erledigungskontrolle, die stets geboten ist** (vgl. BGH, Beschl. v. 14.3.1996 – III ZB 13/96; v. 8.4.1997 – VI ZB 8/97, BGHR-ZPO, § 233 – Aus-

gangskontrolle 5, 9 = GI 1997, 237) **am 18.8.1997 die Frist, deren Ablauf zu drohen schien, ebenso bemerkt werden müssen, wie wenn diese in einem herkömmlichen Fristenkalender nicht gestrichen worden wäre.** Das hätte zu einer Überprüfung und Nachholung der neuen Fristeingabe führen müssen, wie das Berufungsgericht im Ergebnis zutreffend ausführt. **Die elektronische Kalenderführung darf jedenfalls keine geringere Überprüfungssicherheit bieten als diejenige eines herkömmlichen Fristenkalenders.**

Soweit die Beschwerdeführer darauf verweisen, daß die Verlängerungsverfügung am Tage des gesetzlichen Fristablaufs eingegangen sei und es deshalb zu einer weiteren Überprüfung an diesem Tag nicht mehr habe kommen können, zeigt sich darin ein Organisationsmangel. **Offenbar sollte sich die Kontrollperson auf ihre in diesem Fall falsche Erinnerung verlassen können, sie habe die neue Frist aufgrund der an diesem Tag eingegangenen Verlängerungsverfügung in den elektronischen Kalender eingegeben** (vgl. demgegenüber BGH, Beschl. v. 10.7.1997, a.a.O.).

2. Des weiteren hat das Berufungsgericht zu Recht mit der neueren Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (z.B. Beschl. v. 23.3.1995 – VII ZB 3/95, NJW 1995, 1756 = GI 1995, 247; v. 20.2.1997 – IX ZB 111/96, NJW-RR 1997, 698) **ein anwaltliches Organisationsverschulden darin gesehen, daß die Eingaben in den EDV-Kalender nicht durch Ausgabe der eingegebenen Einzelsvorgänge über Drucker kontrolliert wurden.** Soweit die Kläger in ihrer Beschwerdebegründung vortragen, das EDV-System ihres Prozeßbevollmächtigten weise nicht die in den genannten Entscheidungen des Bundesgerichtshofs vorausgesetzten Fehlermöglichkeiten auf, ist das ein unzulässiger neuer Sachvortrag (vgl. BGH, Beschl. v. 8.4.1997 – VI ZB 8/97, NJW 1997, 2120 = GI 1997, 237).

Im übrigen **sollen – entgegen der Ansicht der Kläger – durch den Kontrollausdruck nicht nur Datenverarbeitungs-, sondern auch Eingabefehler oder -versäumnisse mit geringem Aufwand minimiert werden. Dadurch entsteht nicht wiederum ein „Papierkalender“; vielmehr kann der Kontrollausdruck dem Schriftstück, das dem Anwalt vorzulegen ist, beigeheftet werden, was in der Anwaltskanzlei des Prozeßbevollmächtigten der Kläger nach ihrem Vortrag nunmehr auch praktiziert wird.** Bei einem entsprechenden Verfahren hätte es zu dem vorliegenden Versäumnis nicht kommen können.

## Rechtsanwalt

- Amtlich bestellter Vertreter
- Handeln als Prozeßbevollmächtigter oder Vertreter?

(BGH, Urt. v. 22.10.1998 - VII ZB 15/98)

### Leitsatz:

Ein rechtswirksames Handeln eines nicht postulationsfähigen Rechtsanwalts als amtlich bestellter Vertreter für einen postulationsfähigen Rechtsanwalt setzt voraus, daß dieses hinreichend deutlich (hier: in der Rechtsmittelschrift) erkennbar wird.

### Aus den Gründen:

#### I.

Die Beklagte hat, vertreten durch Rechtsanwalt H., gegen den durch Niederlegung zugestellten Vollstreckungsbescheid Einspruch eingelegt und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt. Nach Abgabe des Rechtsstreits an das Landgericht B. hat dieses unter Zurückweisung des Antrags auf Wiedereinsetzung den Einspruch gegen den Vollstreckungsbescheid als unzulässig verworfen.

Dagegen hat die Beklagte sofortige Beschwerde eingelegt. Der Beschwerdeschriftsatz enthält den Briefkopf von Rechtsanwalt H., bezeichnet diesen als Prozeßbevollmächtigten der Beklagten und ist auch von Rechtsanwalt H. unterschrieben.

Das Kammergericht hat die sofortige Beschwerde verworfen, da Rechtsanwalt H. weder beim Landgericht B. noch beim Kammergericht zugelassen sei.

Dagegen wendet sich die Beklagte mit der sofortigen weiteren Beschwerde. Sie trägt unter Hinweis auf die Bestellung von Rechtsanwalt H. als ständiger Vertreter für alle Fälle der Verhinderung im Jahre 1998 der beim Kammergericht zugelassenen – und im Verfahren der sofortigen weiteren Beschwerde als Verfahrensbevollmächtigte benannten – Rechtsanwältin B. vor, dieser sei befugt gewesen, die Prozeßhandlung vorzunehmen. Frau Rechtsanwältin B. sei am Tag der Abfassung der Beschwerdeschrift verhindert gewesen.

Obschon Rechtsanwalt H. seine Sekretärin gebeten habe, den Zusatz hinzuzufügen „amtlich

bestellter ständiger Vertreter von Rechtsanwältin A. B., B.“, sei es dazu aus ungeklärten Gründen nicht gekommen. Jedenfalls sei die fehlende Kenntlichmachung der Postulationsfähigkeit als „falsa demonstratio“ unschädlich für die in Frage stehende Prozeßhandlung.

#### II.

Die gemäß § 568a i.V.m. § 700 Abs. 1 ZPO zulässige sofortige weitere Beschwerde ist nicht begründet.

Zutreffend ist das Beschwerdegericht davon ausgegangen, daß die Beschwerde gegen einen den Einspruch gegen einen Vollstreckungsbescheid verwerfenden Beschluß des Landgerichts wirksam nur von einem bei diesem Gericht oder dem Beschwerdegericht zugelassenen Rechtsanwalt eingelegt werden kann. Mit der auf den Einspruch gegen den Vollstreckungsbescheid folgenden Abgabe des Rechtsstreits und mit dem Eingang der Akten bei dem Gericht, an das abgegeben wird, gilt der Rechtsstreit als dort anhängig (§ 700 Abs. 3 Satz 2, § 696 Abs. 1 Satz 4 ZPO).

Mit der Abgabe vom Amtsgericht an das Landgericht entfällt die Freistellung vom Anwaltszwang (§ 78 Abs. 1 ZPO). Dieser besteht für das weitere Verfahren, auch für das Beschwerdeverfahren (§ 569 Abs. 2 Satz 2 ZPO; BGH, Beschl. v. 9.5.1979 - VIII ZB 11/79, JZ 1979, 535).

Rechtsanwalt H., der weder beim Landgericht B. noch beim Kammergericht zugelassen ist, konnte somit als Prozeßbevollmächtigter der Beklagten nicht wirksam Beschwerde gegen den landgerichtlichen Beschluß einlegen.

Das Vorbringen der Beklagten in ihrer weiteren Beschwerde, nicht Rechtsanwalt H. habe als ihr Prozeßbevollmächtigter gehandelt, sondern die beim Kammergericht zugelassene Rechtsanwältin B., für welche Rechtsanwalt H. als amtlich bestellter Vertreter habe handeln dürfen, **erschließt sich nicht aus dem für die Beurteilung der Zulässigkeit der Prozeßhandlung maßgeblichen Beschwerdeschriftsatz**. Darin wird – wie bereits beim Einspruch gegen den Vollstreckungsbescheid – Rechtsanwalt H. als Prozeßbevollmächtigter der Beklagten angeführt.

**Es fehlen jegliche Anhaltspunkte dafür, daß Rechtsanwalt H. die Beschwerde nicht als Prozeßbevollmächtigter der Beklagten, sondern**

**als Vertreter einer anderen für die Beklagte tätigen, postulationsfähigen Rechtsanwältin eingelegt hat.**

Der gemäß § 53 Abs. 3 BRAO bestellte Rechtsanwalt muß seine Stellung als allgemein bestellter Vertreter zwar nicht durch ausdrückliche Erklärung kundtun, daß er für einen postulationsfähigen Rechtsanwalt handelt.

**Es muß aber zumindest aus den die Prozeßhandlung begleitenden Umständen hinreichend deutlich erkennbar sein, daß ein Handeln für einen anderen postulationsfähigen Rechtsanwalt vorliegt** (BGH, Urt. v. 9.12.1974 – III ZR 134/72, NJW 1975, 542, 543; v. 14.12.1990 – V ZR 329/89, NJW 1991, 1175, 1176; Beschl. v. 9.2.1993 – XI ZB 2/93, NJW 1993, 1925 = GI 1993, 158).

Solche fehlen hier. Unerheblich ist, ob von Rechtsanwalt H. angeordnet worden war, auf dem Beschwerdeschriftsatz einen Hinweis auf seine amtliche Bestellung anzubringen, und weshalb dieser unterblieb.

Ein solcher Vorgang ist dem über die Zulässigkeit des Rechtsmittels entscheidenden Gericht verborgen geblieben. Er kann somit nicht als ein Indiz für das Handeln als bestellter Vertreter der postulationsfähigen Rechtsanwältin B. herangezogen werden.

## Mangelhafter Fristverlängerungsantrag

- Rechtsanwaltsbüro
  - Berufungsbegründungsfrist
  - Antrag des nicht postulationsfähigen RA
  - Wirksame Fristverlängerung
- (BGH, Urt. v. 8.10.1998 – VII ZB 21/98)

### Leitsatz:

Die auf Antrag eines postulationsunfähigen Prozeßbevollmächtigten vom Vorsitzenden verfügte Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist ist wirksam, ohne daß es darauf ankommt, ob der Prozeßbevollmächtigte bei sorgfältiger Prüfung erkennen konnte, daß sein Antrag unwirksam war (Bestätigung von BGH, Beschl. v. 22.10.1997 – VIII ZB 32/97, NJW 1998, 1155 = GI 1998, 93).

### Aus den Gründen:

#### I.

Die Klägerin hat von der Beklagten Zahlung von 70.606,45 DM nebst Zinsen verlangt. Das Landgericht hat die Klage überwiegend abgewiesen. Gegen das Urteil hat die Klägerin rechtzeitig am 10.12.1997 Berufung eingelegt.

Dem rechtzeitig gestellten Verlängerungsantrag hat der Vorsitzende stattgegeben, ohne erkannt zu haben, **daß der Antrag von einem nicht beim Kammergericht zugelassenen Rechtsanwalt, nämlich dem Sohn des Prozeßbevollmächtigten der Klägerin, unterschrieben worden war.** Die Berufung ist innerhalb der verlängerten Frist begründet worden. Die Beklagte hat den Mangel der Postulationsfähigkeit gerügt.

Das Berufungsgericht hat daraufhin die Berufung als unzulässig verworfen. Zur Begründung hat es ausgeführt, die Verlängerung der Frist sei unwirksam, da der Verlängerungsantrag nicht prozeßordnungsgemäß gestellt worden sei.

Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, wonach die Wirksamkeit der Verfügung des Vorsitzenden nicht davon abhängt, daß ein wirksamer Antrag gestellt worden sei, greife nicht ein, weil dem um Fristverlängerung nachsuchenden Rechtsanwalt habe klar sein müssen, daß er keinen wirksamen Antrag stelle. Ihm habe bewußt sein müssen, daß dem Vorsitzenden der Mangel der Antragsschrift wegen der Namensgleichheit nicht auffallen werde.

Auch der Prozeßbevollmächtigte der Klägerin habe sich bei Erhalt der Verlängerungsverfügung darüber im klaren sein müssen, daß die Verlängerung ohne einen wirksamen Antrag verfügt worden sei. Der Fall sei ebenso zu behandeln, wie wenn der Verlängerungsantrag nicht rechtzeitig gestellt worden sei.

#### II.

Die zulässige sofortige Beschwerde gegen die Verwerfung der Berufung (§ 519b Abs. 2 ZPO) hat Erfolg.

**1. Nach der gefestigten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs ist die Verfügung des Vorsitzenden, mit der er die Berufungsbegründungsfrist verlängert, auch dann wirksam, wenn der Verlängerungsantrag prozessual**

## Fristenkontrolle

**nicht wirksam gestellt worden ist** (Urt. v. 14.7.1953 – V ZR 87/52, LM-ZPO § 554 Nr. 3; v. 27.3.1963 – VIII ZR 186/61, LM-ZPO § 554 Nr. 30; Beschl. v. 23.1.1985 – VIII ZB 18/84, BGHZ 93, 300; v. 22.10.1997 – VIII ZB 32/97, NJW 1998, 1155 = GI 1998, 93). Dem liegt die Erwägung zugrunde, daß eine von einem verfassungsmäßig bestellten Gericht oder seinem Vorsitzenden im Rahmen seiner Zuständigkeit erlassene Entscheidung nicht deswegen als nichtig angesehen werden kann, weil prozeßrechtliche Voraussetzungen für den Antrag nicht gegeben sind. Mit dieser Verfügung wird grundsätzlich ein schutzwürdiges Vertrauen begründet.

2. Der Senat sieht keinen Anlaß, davon abzugehen. Die unter Hinweis auf die Rechtsprechung zum verspäteten Antrag geäußerten Bedenken des Berufungsgerichts greifen nicht durch. **Wenn der Antrag verspätet gestellt worden ist, ist die Entscheidung rechtskräftig. Die Rechtskraft kann durch die Verfügung des Vorsitzenden nicht wieder in Frage gestellt werden.** Auf diesen Unterschied zu dem hier zu entscheidenden Fall, daß der Antrag rechtzeitig gestellt worden ist, jedoch prozessuale Mängel hat, hat der Bundesgerichtshof bereits hingewiesen (Beschl. v. 17.12.1991 – VI ZB 26/91, NJW 1992, 842).

3. Zu Unrecht sieht das Berufungsgericht im vorliegenden Fall durchgreifende Unterschiede zu dem Fall, der der Entscheidung vom 22.10.1997 – VIII ZB 32/97 (NJW 1998, 1155 = GI 1998, 93) zugrunde lag. Hier wie dort hat ein postulationsunfähiger Anwalt die Verlängerung beantragt und der postulationsfähige Vertreter hat sich auf die Wirksamkeit der Verlängerung verlassen.

Ob der Prozeßbevollmächtigte (in jenem und in diesem Fall) bei sorgfältiger Prüfung erkennen konnte, daß der Verlängerung kein wirksamer Antrag zugrunde lag, ist nicht von Bedeutung. **Wie zu entscheiden wäre, wenn der Vorsitzende bewußt getäuscht werden sollte, kann dahinstehen.** Denn davon geht das Berufungsgericht nicht aus. Auch der Sachvortrag beider Parteien im Beschwerdeverfahren nötigt nicht zu einer dahin gehenden Annahme.

4. Die Berufung ist innerhalb der verlängerten Frist begründet worden. Sie ist deshalb entgegen der Entscheidung des Berufungsgerichts zulässig.

- RA- und Patentanwaltsbüro
- Trennung der Bearbeitung
- Berufungsbegründungsfrist (BGH, Urt. v. 17.9.1998 – I ZB 33/98)

### Leitsatz:

**Auch in Kanzleien, in denen sich Rechtsanwälte und Patentanwälte zur gemeinsamen Berufsausübung zusammengeschlossen haben, sind in nach den Vorschriften der Zivilprozeßordnung zu behandelnden Sachen für die Fristenwahrung die insoweit von der Rechtsprechung geforderten Sorgfaltsmaßstäbe anzuwenden (hier: Eintragung der Berufungsbegründungsfrist bei oder alsbald nach Einreichung der Berufungsschrift).**

### Aus den Gründen:

#### I.

Die Klägerin macht gegen die Beklagte Ansprüche auf Unterlassung, Schadenersatz, Feststellung und Auskunft geltend, die sie auf Verletzung von Markenrechten und Wettbewerbsverstöße stützt. Das Landgericht hat die Klage durch Urteil vom 28.1.1998 abgewiesen. Gegen dieses am 4.2.1998 zugestellte Urteil hat die Klägerin am 23.2.1998 Berufung eingelegt. Die Berufungsbegründung ist erst am 14.4.1998 eingegangen.

Die Klägerin hat mit einem am 31.3.1998 bei dem Oberlandesgericht eingegangenen Schriftsatz wegen der Versäumung der Berufungsbegründungsfrist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt. Sie hat zur Begründung vorgetragen: Das Fristenwesen der Kanzlei ihrer Prozeßbevollmächtigten, Patent- und Rechtsanwälte, sei so organisiert, daß die Frist zur Berufungseinlegung im Fristenbuch nicht bei Einlegen der Berufung gestrichen, sondern zunächst die Mitteilung des Oberlandesgerichts über den Eingangszeitpunkt der Berufungsschrift abgewartet werde.

So sei auch am 2.3.1998 bei Eingang der Mitteilung verfahren worden. Eine der Anwältinnen der Kanzlei im Büro ihrer Prozeßbevollmächtigten habe die sonst selbständig und immer zuverlässig arbeitende erfahrene Angestellte bei Eingangsmitteilung – in Übereinstimmung mit der Kanzleiorganisation – angewiesen, für die Berufungsbegründung eine Frist zum 23.3.1998 und

eine Vorfrist von zwei Wochen einzutragen. Aufgrund einer persönlichen Ausnahmesituation der Angestellten sei die Eintragung dieser Fristen unterblieben, so daß die Akten nicht rechtzeitig vorgelegt worden seien.

Das Berufungsgericht hat den Wiedereinsetzungsantrag zurückgewiesen und die Berufung als unzulässig verworfen.

Gegen diesen Beschluß richtet sich die sofortige Beschwerde der Klägerin.

## II.

Die nach § 238 Abs. 2, § 519 b Abs. 2, § 547 ZPO zulässige sofortige Beschwerde hat keinen Erfolg.

1. Das Berufungsgericht hat die Voraussetzungen für eine Wiedereinsetzung gemäß § 233 ZPO zutreffend verneint, weil die Versäumung der Berufungsbegründungsfrist auf einem Verschulden der Prozeßbevollmächtigten der Klägerin beruht, das diese sich gemäß § 85 Abs. 2 ZPO zurechnen lassen muß. Dazu hat es ausgeführt:

In dem Büro der Prozeßbevollmächtigten der Klägerin habe keine allgemeine Anweisung bestanden, den Ablauf der Berufungsbegründungsfrist – wie geboten – schon in engem zeitlichen Zusammenhang mit der Rechtsmitteleinlegung im Fristenkalender zu vermerken. Diese sei erst nach Vorlage der Eingangsbestätigung über den Zeitpunkt der Einreichung der Berufung einzutragen gewesen, wozu Mitarbeiter der Kanzlei angewiesen worden seien.

Trotz des Versehens der Kanzleikraft im konkreten Fall wäre es mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zur Versäumung der Berufungsbegründungsfrist gekommen, wenn ihr mutmaßliches Ende bereits im Zusammenhang mit der Einreichung der Berufungsschrift im Fristenkalender vermerkt worden wäre, zumal hier das vorläufig vermerkte Datum des Eingangs der Berufungsschrift mit dem wirklichen Eingangsdatum, dem 23.2.1998, übereingestimmt hätte.

2. Die gegen diese Beurteilung gerichteten Einwendungen der Klägerin greifen nicht durch. Sie meint, in einer Kanzlei, in der neben den Rechtsanwaltsfristen eine Vielzahl von Fristen im Patentanwaltsbereich, insbesondere gegenüber dem Deutschen und Europäischen Patentamt, zu überwachen seien, sei die von ihren Prozeßbevollmächtigten eingeführte Organi-

sation der Fristenkontrolle sinnvoll, zuverlässig und ausreichend. Im Interesse einer gleichmäßigen Handhabung der Fristenkontrolle im Rechtsanwalts- und im Patentanwaltsbereich, in dem die Begründungsfristen bereits mit dem Zugang der angefochtenen Entscheidung zu laufen beginnen, sei die Eintragung der Berufungsbegründungsfrist im zeitlichen Zusammenhang mit der Einlegung der Berufung nicht zweckmäßig, da es zu Verwechslungen kommen könne.

Auch habe das von ihren Prozeßbevollmächtigten angewandte System gegenüber den vom Berufungsgericht geprüften – für reine Rechtsanwaltskanzleien aufgestellten – Erfordernissen den Vorteil, daß es ohne das zu Zweifelsfällen führende Notieren vorläufiger Fristen auskomme, und zum anderen auch erlaube zu prüfen, ob die Berufungsschrift bei einer vorzeitig eingelegten Berufung tatsächlich innerhalb der Frist beim Oberlandesgericht eingegangen sei. Dieser Auffassung kann nicht beigetreten werden.

**Zwar kann, wovon auch das Berufungsgericht zutreffend ausgegangen ist, ein Rechtsanwalt die Führung des Fristenkalenders und auch die Berechnung der üblichen, in seiner Praxis häufig vorkommenden Fristen seinem gut ausgebildeten und sorgfältig überwachten Büropersonal überlassen.** Er muß aber durch geeignete allgemeine Anweisungen auf einen verlässlichen, Fristversäumnisse möglichst vermeidenden Geschäftsgang hinwirken.

**Im Hinblick auf die Wahrung der Berufungsbegründungsfrist ist in der Rechtsprechung seit langem anerkannt, daß nicht die Nachricht des Berufungsgerichts abgewartet werden darf, in der der Tag des Eingangs der Berufungsschrift mitgeteilt wird. Das mutmaßliche Ende der Frist muß vielmehr schon früher vermerkt werden, nämlich bei oder alsbald nach Einreichung der Berufungsschrift.** Ein solcher Vermerk ist zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren, wenn später das genaue Eingangsdatum der Berufungsschrift durch die gerichtliche Mitteilung bekannt wird (*st. Rspr.*; z.B. BGH, Beschl. v. 20.5.1992 – XII ZB 43/92, VersR 1993, 378; Beschl. v. 13.6.1996 – VII ZB 7/96, NJW 1996, 2514; Beschl. v. 6.5.1997 – VI ZB 12/97, NJW-RR 1997, 1153).

**Der Zugang dieser lediglich bestätigenden Mitteilung ist für den Lauf der Berufungsbegründungsfrist bedeutungslos; sie erleichtert dem Prozeßbevollmächtigten des Berufungsklägers**

## Steuerberaterhaftung

lediglich eine vor allem ihm obliegende Aufgabe, sich über das Datum des Eingangs der Berufungsschrift zu vergewissern.

Im vorliegenden Fall hat die Mitarbeiterin der Prozeßbevollmächtigten der Klägerin nach deren allgemeinen Anweisungen das mutmaßliche Ende der Berufungsbegründungsfrist nicht schon bei oder alsbald nach Einlegung der Berufung notiert. Wäre der Fristablauf in diesem Zeitpunkt festgehalten und später überwacht worden, so hätte es nicht zu der Versäumung der Berufungsbegründungsfrist kommen können, wie in dem angefochtenen Beschluß zutreffend festgestellt ist.

Die dagegen von der Klägerin erhobenen Einwendungen geben keinen Anlaß, die gefestigten Rechtsprechungsgrundsätze einzuschränken. **Insbesondere erscheint es nicht gerechtfertigt, für Kanzleien, in denen Rechtsanwälte und Patentanwälte zur gemeinsamen Berufsausübung zusammengeschlossen sind, aufgrund der von der Klägerin angeführten Besonderheiten bei der Fristenbehandlung andere Sorgfaltsmaßstäbe anzulegen.** Es ist vielmehr Sache der Kanzleiorganisation, hier für eine **sachgerechte Trennung der Bearbeitung zu sorgen, so daß in Verfahren, für die die Zivilprozeßordnung gilt, die Anforderungen gewahrt werden können, die nach der Rechtsprechung bei der Einlegung und Begründung von Rechtsmitteln insoweit zu beachten sind.**

Daß das von den Prozeßbevollmächtigten der Klägerin angewandte System überlegen wäre, weil es das Notieren vorläufiger Fristen überflüssig mache, kann nicht anerkannt werden. Vielmehr wird im Gegenteil durch die Eintragung vorläufiger Fristen sowohl eine Fristwahrung als auch eine zusätzliche Kontrolle beim Eingang der Nachricht über die Rechtsmitteleinlegung für den Fall erreicht, daß die Berufungsbegründungsfrist zunächst, aus welchen Gründen auch immer, nicht eingetragen worden ist. Sie führt danach zu einer doppelten Kontrolle.

Wegen dieses (ursächlichen) Organisationsverschuldens der Prozeßbevollmächtigten der Klägerin kommt es nicht mehr entscheidend darauf an, daß, wie der glaubhaft gemachte Vortrag ergibt, der sonst zuverlässig arbeitenden und erfahrenen Mitarbeiterin die Anweisung zum Eintragen der Frist erteilt worden war, die jene dann jedoch versehentlich nicht beachtet hatte.

- Hilfeleistung in Steuersachen
  - Sozialversicherungsberatung
  - Strafrechtliche Belehrung, § 266a StGB
  - Sozialversicherungshaftung
  - Konkurs des Mandanten
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 26.2.1998 - 13 U 61/97)

### Leitsätze (d. Red.):

**1. Das Sozialversicherungsrecht gehört nicht zum Bereich der Hilfeleistung in Steuersachen. Auch einem Wirtschaftsprüfer obliegt keine Sozialversicherungsberatung.**

**2. Der steuer- und wirtschaftsberatende Steuerberater muß den Mandanten nicht auf die Gefahr der Inanspruchnahme nicht abgeführter Sozialversicherungsbeiträge beraten. Eine ungefragte Belehrungspflicht über die Tatbestandsvoraussetzungen des § 266a StGB gibt es nicht.**

### Zum Sachverhalt:

Der Kläger nimmt die Beklagten wegen der Verletzung vertraglicher Beratungspflichten im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Zusammenbruch der A. sowie der B. in Anspruch. Er fungierte sowohl als Geschäftsführer der B., bei der es sich um die persönlich haftende Gesellschafterin der A. handelte, als auch der A. Am 20.7.1993 beantragte er die Eröffnung des Vergleichsverfahrens über das Vermögen der A. und der B. Da eine ausreichende Masse nicht zur Verfügung stand, eröffnete das Amtsgericht W. am 5.8.1993 das Anschlußkonkursverfahren.

Die Beklagten waren zumindest seit dem Jahre 1987 als Steuerberater und Wirtschaftsprüfer für die genannten Unternehmen tätig, später auch als persönliche Berater für den Kläger und dessen Ehefrau. Ob und in welchem Umfange hierzu auch die Rechtsberatung gehörte, darüber streiten die Parteien.

Ab 1992 kam es bei der A. zu erheblichen Umsatzeinbrüchen. Die Gesellschaft erwirtschaftete in diesem Jahr einen Verlust von 69.000.000 DM, wie sich allerdings erst nach der Eröffnung des Anschlußkonkursverfahrens herausstellte. In Anbetracht der wirtschaftlichen Schwierigkeiten bildete sich Mitte des Jahres 1992 ein Bankentpool, an dessen erster und den beiden letzten Sitzungen vom 25.6.1993 und 1.7.1993 der Kläger teilnahm. Im übrigen ließ er sich von seinem

Generalbevollmächtigten S. und seinem langjährigen Rechtsberater R. vertreten. Die Einladung zur vorletzten Poolsitzung am 25.6.1993 erhielten die Beklagten von der A.

Noch am 9.10.1992 erfolgte bei der A. auf Wunsch der Banken und nach Beratung der Beklagten, die im Aktenvermerk vom 12.9.1992 und im Schreiben vom 21.9.1992 an den Kläger und dessen Ehefrau zum Ausdruck kommt, eine Kapitalerhöhung um 16.000.000 DM. Die wirtschaftliche Krise des Unternehmens spitzte sich jedoch im Jahre 1993 weiter zu. Deshalb wandten sich die Beklagten mit Schreiben vom 26.5.1993 an den Generalbevollmächtigten und den Kläger. In diesem Schreiben wiesen sie auf die Gefahr der Überschuldung und das mögliche Vorliegen eines Konkursgrundes hin.

Ebenfalls am 26.5.1993 fand eine Besprechung zwischen dem Generalbevollmächtigten und dem Kläger statt, in der dieser über erhebliche operative Verluste bei der A. unterrichtet wurde. Nach der Durchführung weiterer Arbeiten am Jahresabschluß für 1992 wandten sich die Beklagten mit Schreiben vom 22.6.1993 erneut an den Generalbevollmächtigten mit dem Hinweis, daß nach ihrer Auffassung am 21.6.1993 die sogenannte Drei-Wochen-Frist begonnen habe, innerhalb derer ohne schuldhafte Verzögerung ein Konkursantrag gestellt werden müsse. Dieses Schreiben erhielt auch der Kläger.

In der Poolsitzung vom 25.6.1993 wurde dem Kläger vorgeschlagen, ihm und seiner Ehefrau verbliebene Beteiligungen in die A. einzubringen. Dies geschah am 30.6.1993, vermochte die Überschuldung der Firma aber nicht zu beseitigen. In der folgenden Poolsitzung vom 1.7.1993 erklärten die Banken in Gegenwart des Klägers, daß sie keine weiteren Kredite mehr gewähren wollten. Die unter Mitwirkung der Beklagten unternommenen Versuche, andere Kreditgeber zu finden oder das Unternehmen zu verkaufen, schlugen fehl.

Am 13.7.1993 kündigte der Kläger das mit Rechtsanwalt R. bestehende Mandatsverhältnis.

Die am 15.7.1993 fälligen Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung der Arbeitnehmer der A. und der B. wurden nicht mehr an die zuständigen Einzugsstellen entrichtet. Der Kläger wird daher von verschiedenen Krankenkassen auf Zahlung von Schadenersatz in Anspruch genommen. Am 28.9.1993 unterzeichneten der Kläger und seine Ehefrau einen auf den 1.7.1993 datierten

Geschäftsbesorgungsvertrag, der auch die Rechtsberatung durch die Beklagten zum Gegenstand hat.

Der Kläger hat behauptet, er sei seit Herbst 1993 weder körperlich noch geistig in der Lage gewesen, seine Geschäftsführeraufgaben wahrzunehmen. Deshalb habe er auch nicht erfaßt, wie schlecht es um die Unternehmensgruppe gestanden habe. Vom Generalbevollmächtigten S. und den übrigen Mitarbeitern sei er hierüber nicht aufgeklärt worden. Ab dem 1.7.1993 hätten die Beklagten neben der Steuerberatung auch die Rechtsberatung für ihn und die Unternehmensgruppe übernommen. Die Beklagten seien verpflichtet gewesen, ihn darüber zu beraten, daß er selbst für nicht rechtzeitig abgeführte Sozialversicherungsbeiträge in Anspruch genommen werden könne.

Der Kläger hat beantragt, die Beklagten als Gesamtschuldner zu verurteilen,

1. a) ihn von den Schadenersatzansprüchen der gesetzlichen Sozialversicherungsträger, zu denen insbesondere die ... gehören, freizustellen, wenn und soweit sie begründet sind, die damit begründet werden, daß die A. und die B. für die bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmer für den Monat Juni 1993 die Arbeitnehmeranteile der Sozialversicherungsbeiträge nicht an die gesetzlichen Krankenkassen abgeführt haben, bei denen die jeweiligen Arbeitnehmer versichert waren,

b) ihn von allen Gerichts- und Anwaltskosten freizustellen, die durch die Abwehr der Ansprüche der Sozialversicherungsträger, insbesondere der im vorigen Antrag genannten, entstehen, soweit er in diesen Verfahren rechtskräftig zur Zahlung verurteilt wird,

c) an ihn 2.373,18 DM sowie Gerichts- und Anwaltskosten in einer Höhe von 3.355,96 DM zu zahlen,

hilfsweise

2. a) ihn von folgenden Schadenersatzansprüchen der gesetzlichen Krankenkassen, wenn und soweit diese begründet sind, freizustellen, die damit begründet werden, daß die A. und die B. für die bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmer für den Monat Juni 1993 die Arbeitnehmeranteile der Sozialversicherungsbeiträge nicht an die gesetzlichen Krankenkassen abgeführt haben, bei denen die jeweiligen Arbeitnehmer versichert waren (...)



Die Beklagten haben behauptet, dem Kläger seien die Pflichten und Risiken eines Geschäftsführers bekannt gewesen. Von krankheitsbedingten Einschränkungen und einem illoyalen Verhalten des Generalbevollmächtigten sei ihnen nichts bekannt geworden. Sie seien auch nicht mit der umfassenden Beratung des Klägers betraut gewesen.

Das Landgericht hat die Klage durch Urteil vom 18.2.1997, auf das zur näheren Sachdarstellung verwiesen wird, abgewiesen. Zur Begründung hat es im wesentlichen ausgeführt:

Auf den Geschäftsbesorgungsvertrag vom 1.7.1993 könne der Kläger seine Ansprüche nicht stützen, weil diese Vereinbarung zum Zeitpunkt der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge am 15.7.1993 noch nicht wirksam gewesen sei. Eine Verpflichtung der Beklagten, den Kläger auf die Notwendigkeit rechtzeitiger Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge hinzuweisen, könne nicht aus anderen rechtlichen Gesichtspunkten hergeleitet werden.

Gegen dieses Urteil wendet sich der Kläger mit der form- und fristgerecht eingelegten und begründeten Berufung. Zur Stützung seiner Behauptung, die Beklagten hätten ihn und seine Ehefrau in allen steuerlichen und rechtlichen Belangen beraten, legt er weitere Unterlagen vor.

(Anträge ...)

Die zulässige Berufung ist nicht begründet.

#### Aus den Gründen:

Die finanziellen Nachteile, die dem Kläger dadurch entstanden sind oder noch entstehen werden, daß er als ehemaliger Geschäftsführer der A. und der B. **von verschiedenen Einzugsstellen für Sozialversicherungsbeiträge gemäß § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 266a StGB gerichtlich und außergerichtlich in Anspruch genommen wird**, sind nicht als Schaden anzuerkennen, der auf der Verletzung vertraglicher Hinweis- und Belehrungspflichten der Beklagten beruht.

#### I.

Es steht außer Streit, daß zwischen den Parteien zumindest seit 1987 vertragliche Beziehungen bestanden haben. Dieses Rechtsverhältnis ist als **Geschäftsbesorgungsvertrag mit Dienstvertragscharakter (§§ 675, 611 BGB) zu qualifizieren**.

Die Beklagten wurden für den Kläger – jedenfalls im hier maßgeblichen Zeitraum – in erheblichem Umfang und über einen längeren Zeitraum **in steuerlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten tätig**. Sie waren daher verpflichtet, ihren Mandanten auch unaufgefordert über die bei der Bearbeitung auftauchenden steuerlichen und wirtschaftlichen Fragen zu belehren (BGH, NJW 1997, 2238).

**Entgegen der Ansicht des Klägers gehörte es jedoch nicht zu ihren Aufgaben, über die Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen (1.) sowie darüber ungefragt zu beraten, daß seine persönliche Inanspruchnahme drohte (2.) und daß diese nur durch die rechtzeitige Beantragung des Konkursverfahrens verhindert werden konnte (3.).**

1. Nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung (BGH, NJW 1982, 1866, 1867) wird bei einem **Steuerberater, der gleichzeitig Rechtsanwalt oder Wirtschaftsprüfer ist**, beim Fehlen von hinreichenden Anhaltspunkten für einen abweichenden Willen angenommen werden müssen, daß er seinen Mandanten nur die Hilfe und Beratung in Steuersachen in seiner Eigenschaft als Steuerberater versprochen hat, jedenfalls dann, wenn diese der ausschließliche Gegenstand des Vertrages ist oder wenn hierauf der **Schwerpunkt der vertraglich geschuldeten Tätigkeit** liegt. Der Schwerpunkt der vertraglichen Leistungen der Beklagten, die sämtlich die Doppelqualifikation als Steuerberater und Wirtschaftsprüfer besitzen, wobei der Beklagte zu 3) zusätzlich den Beruf eines Rechtsanwalts ausübt, hat bis zum Abschluß der schriftlichen Verträge vom 29.6.1993 und 1.7.1993 im steuerlichen und wirtschaftlichen Bereich gelegen.

a) Der Kläger legt selbst dar, daß den Beklagten seit 1991 alle wesentlichen wirtschaftlichen Maßnahmen bekannt und daß sie in diese eingebunden gewesen seien. Die Beklagten hätten die Jahresabschlüsse erstellt und ihn und seine Ehefrau in den persönlichen steuerlichen Belangen beraten. Der Kläger hat, was den Zeitraum vor Eröffnung des Anschlußkonkursverfahrens betrifft, nur einen Aktenvermerk vom 6.7.1993 vorgelegt, in dem es um Rechtsfragen geht. Das Schreiben vom selben Tage an den Kläger, das diese Rechtsfrage aufgreift, verweist ihn aber eindeutig an den „Rechtsberater“.

Nur der steuerliche und wirtschaftliche Bereich war betroffen, als es um die Errichtung einer Holding-Struktur, die Erarbeitung eines Um-

strukturierungskonzepts und um Fragen der Kapitalerhöhung gegangen ist. Die Vorschläge zur Kapitalerhöhung vom 25.2.1993 haben die Beklagten bezeichnenderweise an Rechtsanwalt R. gesandt, der offenbar mit dem Entwurf des erforderlichen Gesellschafterbeschlusses befaßt war. Bei dem Auftrag an den Beklagten zu 2), er solle mögliche Interessenten für die Übernahme von Anteilen an der A. suchen, handelte es sich ebenfalls nicht um eine rechtsberatende Tätigkeit. Daß das von dem Beklagten zu 2) zur Verfügung gestellte Muster einer vertraglichen Regelung über die Aufgaben eines Beirates sowie einer Geschäftsordnung für den Beirat von diesem auch entworfen worden ist, behauptet der Kläger nicht. Die entsprechenden Unterlagen hat er, im Gegensatz zu anderen Dokumenten, nicht zu den Gerichtsakten gereicht. Im übrigen hat Rechtsanwalt R. bei seiner Vernehmung im Verfahren ... – LG W. ausgesagt, die Bildung eines Beirates habe er vorgeschlagen.

Von einer umfassenden Wahrnehmung auch aller rechtlichen Belange der Unternehmensgruppe und des Klägers kann also keine Rede sein. Im Gegenteil: Die vom Kläger vorgetragene Beispiele und vorgelegten Unterlagen belegen, daß die Beklagten für ihn in erster Linie als Steuer- und Wirtschaftsberater, nicht aber als Rechtsberater tätig geworden sind. Dies zeigt auch das während der existenziellen Krise gefertigte Schreiben der Beklagten vom 2.7.1993, in dem die zu treffenden Maßnahmen aufgelistet sind. Die Hilfeleistung in Steuer- und Wirtschaftssachen einerseits und die sonstige Rechtsberatung andererseits sind aber streng voneinander zu trennen.

**b) Das Sozialversicherungsrecht stellt ein eigenes Rechtsgebiet dar. Es gehört nicht zum Bereich der Hilfeleistung in Steuersachen**

(Späth, *Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters* 3. Aufl., Rdnr. 272, 278 f; Gräfe/Lenzen/Rainer, *Steuerberaterhaftung* 2. Aufl., Rdnr. 311 m.w.N.).

**Auch einem Wirtschaftsprüfer obliegt es nicht, seinen Mandanten auf dem Gebiet des Sozialversicherungsrechts zu beraten.** Mit dem Vorgang der Auszahlung der Löhne und Gehälter waren die Beklagten ohnehin nicht befaßt. Damit läßt sich auch auf diese Weise kein Sachzusammenhang zwischen ihrer Tätigkeit und der Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen herstellen.

Die Beklagten traf aber auch deshalb keine Verpflichtung, auf die rechtzeitige Zahlung der einbehaltenen Sozialversicherungsbeiträge hin-

zuwirken, weil beim Kläger insoweit kein Beratungsbedarf bestand. In dem vorausgegangenen Verfahren ... – LG W. hat der Kläger – seinerzeit in der Position des Beklagten – ausgeführt:

„Als Geschäftsführer hat der Beklagte angeordnet, daß die monatlich fälligen Sozialversicherungsbeiträge jeweils so zeitig zu zahlen waren, daß sie innerhalb des Fälligkeitszeitraumes bei dem Sozialversicherungsträger eingingen ...

Im November 1992 hat der Generalbevollmächtigte ... die Anweisung erteilt, daß die Sozialversicherungsbeiträge nicht mehr zu den Zeitpunkten gezahlt werden sollten, daß sie innerhalb der von den Sozialversicherungsträgern satzungsgemäß vorgeschriebenen Fälligkeitszeitpunkten ... dort eingingen ... Hätte der Beklagte die rechtswidrige Anordnung seines Generalbevollmächtigten zur Kenntnis genommen, so hätte er sofort auf einer rechtmäßigen Handhabung bestanden.“

Schließlich hatte der Kläger mit dem Generalbevollmächtigten S. eine Person eingesetzt, die auch die Qualifikation als Steuerberater besaß. S. hat bei seiner Vernehmung im Verfahren ... – LG W. ausgesagt, er habe die für die Zahlung Verantwortlichen darauf hingewiesen, daß die Sozialversicherungsbeiträge auf jeden Fall gezahlt werden müßten. Selbst wenn ein solcher Hinweis tatsächlich nicht erfolgt sein sollte, kannte der Generalbevollmächtigte die Pflicht zur Abführung der Sozialversicherungsbeiträge.

**2. Die Beklagten waren auch nicht verpflichtet, den Kläger über die mögliche persönliche Inanspruchnahme zu belehren.**

Der Kläger, bei dem es sich um den maßgeblichen Geschäftsführer einer Unternehmensgruppe gehandelt hat, die zeitweise über 3.000 Mitarbeiter beschäftigte, kannte seine Pflichten. In dem Rechtsstreit ... – LG W. hat er vorgetragen:

„Schon im eigenen Interesse hätte der Beklagte einer solchen Anordnung unverzüglich entgegengewirkt, wenn er sie gekannt hätte. Denn dem Beklagten war wie jedem Geschäftsführer bewußt, daß mangelnde Zahlungen von Krankenkassenbeiträgen zu einer persönlichen Inanspruchnahme des Geschäftsführers bei der Insolvenz führen können.“

Diese Darlegungen sind eindeutig. Der Kläger war sich danach seiner Verpflichtung nicht nur abstrakt bewußt. Er kann auch nicht einwenden, er habe nicht „konkret die Vermutung“

besessen, daß der Konkurs im Monat Juli 1993 und damit seine persönliche Haftung drohten. Die Beklagten haben in ihrem Schreiben vom 22.6.1993 auf die Konkursreife der Unternehmensgruppe hingewiesen. **Über die Tatbestandsvoraussetzungen des § 266a StGB mußten die Beklagten, die mit steuer- und wirtschaftsberatenden Aufgaben betraut waren, den Kläger nicht ungefragt belehren.**

**3. Die Beklagten waren nicht verpflichtet, den Kläger darauf hinzuweisen, daß seine persönliche Inanspruchnahme wegen der Nichtabführung einbehaltener Sozialversicherungsbeiträge nur dann entfalle, wenn das Konkursverfahren noch vor Fälligkeit der Beiträge eröffnet werde.** Hierbei hätte es sich um einen Rechtsrat gehandelt, den die Beklagten vor Abschluß des Geschäftsbesorgungsvertrages nicht ungefragt zu erteilen hatten.

Der Kläger legt in der Klageschrift selbst dar, daß R. sein „langjährige(r) Rechtsberater“ gewesen sei. Dieser Anwalt hat den Kläger auch in den Sitzungen des Bankenpools, an denen er nicht teilnehmen konnte, vertreten. Anlässlich seiner Vernehmung in dem Rechtsstreit ... - LG W. hat R. ausgesagt, er sei für den Kläger, zu dem ein ausgeprägtes Vertrauensverhältnis bestanden habe, umfangreich tätig geworden.

Mit der Kündigung des Mandatsverhältnisses hat der Kläger diesem Anwalt am 13.7.1993 mitgeteilt, daß „die juristische Fragestellung privat und gesellschaftlich von einer größeren Sozietät“ wahrgenommen werden solle. Bei dieser größeren Sozietät hat es sich aber nicht um diejenige der Beklagten gehandelt, deren Beratungsschwerpunkt eindeutig im steuer- und wirtschaftsberatenden Bereich lag. Mit der Führung des Vergleichsverfahrens sind die Beklagten dann auch gar nicht beauftragt worden.

Entgegen der Ansicht des Klägers haben die Beklagten die ihnen in diesem Zusammenhang allenfalls obliegenden Beratungspflichten erfüllt. Ihr Schreiben vom 22.6.1993 enthält nicht nur den Hinweis, daß die Frist zur Beantragung des Konkursverfahrens spätestens am 21.6.1993 zu laufen begonnen habe. Der Kläger wird wegen der weiter „zu beachtenden Regeln“ an seinen Rechtsanwalt verwiesen. Zu mehr waren die Beklagten nicht verpflichtet.

Ohne Erfolg wendet der Kläger ein, die Krise der Unternehmensgruppe sei aus seiner Sicht durch die am 30.6.1993 erfolgte Einbringung von

Beteiligungen konsolidiert worden. Bereits am 1.7.1993 haben die Banken in einer Sitzung, an der der Beklagte teilgenommen hat, die Bewilligung weiterer Kredite abgelehnt. Eines erneuten Hinweises der Beklagten auf die Konkursreife bedurfte es bei dieser Sachlage nicht mehr.

## II.

Der Kläger kann schließlich keine Rechte aus den Vereinbarungen herleiten, die das Datum des 29.6.1993 und 1.7.1993 tragen.

Den Geschäftsbesorgungsvertrag vom 29.6.1993 hat der Kläger unstreitig erst am 28.9.1993, also nach der Eröffnung des Anschlußkonkursverfahrens unterzeichnet. Entsprechendes gilt für die den Beklagten vom Kläger und seiner Ehefrau erteilte Vollmacht zur Rechtsberatung und außergerichtlichen Vertretung. Wenn es in der Vormerkung der Vereinbarung vom 29.6.1993 heißt, die Gesellschaften hätten „seinerzeit die Sozietät beauftragt, fortlaufend ihre Jahresabschlüsse zu erstellen, Steuer- und Rechtsberatungsleistungen sowie jeweils separat in Auftrag gegebene Sonderleistungen zu erbringen“, so hat der Kläger lediglich einen Fall darzulegen vermocht, in dem es während der Krise tatsächlich um eine Rechtsberatung gegangen ist. Doch haben die Beklagten den Kläger wegen dieser Rechtsfrage an R. verwiesen.

Auch mit der außergerichtlichen und gerichtlichen Vertretung des Klägers in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer wegen der Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen sind die Beklagten erst am 28.9.1993 beauftragt worden. Vor dem Zusammenbruch der Unternehmensgruppe hat aus Sicht des Klägers insoweit ohnehin kein Beratungsbedarf bestanden. Denn ihm war nicht bekannt, daß der Zeuge ... die Anweisung gegeben haben soll, die Sozialversicherungsbeiträge erst am 25. des Folgemonats zu entrichten. Es kann mithin keine Rede davon sein, daß diese Aufgaben vor dem Abschluß der Vereinbarungen zum Pflichtenkanon der Beklagten gehört hätten.

Der Kläger hat schließlich **nicht hinreichend konkret dargetan, daß den Beklagten die ab Herbst 1992 verspätet erfolgte Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen bekannt gewesen ist.** So trägt der Kläger lediglich vor, in den Offenen-Posten-Listen „mancher Monate“ seien nach dem Monatswechsel Rückstände für zwei Monate und in auffälliger Höhe von über 1.000.000 DM erschienen. Er legt allerdings

nicht dar, um welche Monate es sich im einzelnen gehandelt hat. Auf diese Weise wird dem Beklagten jegliche Verteidigungsmöglichkeit genommen. Dem von den Beklagten vorgelegten Finanzplan vom 19.7.1993 vermag der Senat nicht zu entnehmen, daß bereits seit Herbst 1992 Sozialabgaben verspätet abgeführt worden sind.

Auch die Bemerkung gegenüber dem Mitarbeiter ... der Beklagten, mit einem Honorar könnten diese nicht rechnen, da die Firma nicht einmal die Arbeitgeberanteile zahle, sagt nichts über die tatsächliche Verfahrensweise bei der Abführung der einbehaltenen Beträge aus. Das schallende Gelächter der Anwesenden, das dieser Äußerung folgte, dokumentiert die fehlende Ernstlichkeit. Der Kläger hat auch selbst von einer „flapsigen“ Bemerkung gesprochen.

## Anwaltshaftung

– Sicherster Weg  
– Verkehrsanwalt und Prozeßanwalt  
– Verantwortungsbereiche  
(*OLG München, Urt. v. 27.2.1998 – 21 U 4491/97, AnwBl 1998, 608*)

### Leitsätze:

1. Zur Pflicht des Anwalts, bei mehreren in Betracht kommenden Maßnahmen diejenige zu treffen, welche die sicherste und gefahrloseste ist.

2. Der Entwurf eines Schriftsatzes durch den Verkehrsanwalt beschränkt weder die Verantwortlichkeit des Prozeßbevollmächtigten für den Inhalt dieses Schriftsatzes noch für dessen rechtzeitige Einreichung.

3. Verursachen Verkehrsanwalt und Prozeßbevollmächtigter einen Schaden für den Mandanten durch Pflichtwidrigkeiten, so haften sie aus dem Gedanken der Zweckgemeinschaft als Gesamtschuldner. Das Maß der Verursachung und des Verschuldens ist nur eine Frage des Innenverhältnisses.

### Aus den Gründen:

Die Berufung der Klägerin ist zulässig und begründet.

Die Klägerin hat einen Anspruch auf Schadenersatz in Höhe von 33.611,40 DM wegen positiver Vertragsverletzung des von den Beklagten am 7.12.1994 bestätigten Anwaltsvertrages. Denn die Beklagten haben schuldhaft die Verjährung des Werklohnanspruchs der Klägerin (mit-)verursacht.

**Kraft des Anwaltsvertrages (§§ 675, 611 Abs. 1 BGB) ist der Rechtsanwalt verpflichtet, die Interessen seines Auftraggebers in den Grenzen des erteilten Mandats nach jeder Richtung umfassend wahrzunehmen.** Er muß sein Verhalten so einrichten, daß er Schädigungen seines Auftraggebers, mag deren Möglichkeit auch nur von einem Rechtskundigen vorausgesehen werden können, vermeidet. Welche konkreten Pflichten aus diesen allgemeinen Grundsätzen abzuleiten sind, richtet sich nach dem erteilten Mandat und den Umständen des einzelnen Falles. Er hat, wenn mehrere Maßnahmen in Betracht kommen, diejenige zu treffen, welche die sicherste und gefahrloseste ist (*BGH, NJW-RR 1990, 1241, 1242; NJW 1988, 1079, 1080, 1082*).

Für die Beklagten, die mit der Geltendmachung der Werklohnansprüche zumindest gegen den Verwalter und Wohnungseigentümer O. beauftragt waren, ergab sich aus dem übernommenen Mandat die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die Ansprüche der Klägerin gegen den Besteller des Werks nicht verjähren (*vgl. BGH, NJW 1988, 1079, 1081*).

Die drohende Verjährung des Anspruchs der Klägerin (§§ 196 Abs. 1 Nr. 1, 198, 201 BGB) war für die Beklagten erkennbar. Bei Werklohnforderungen beginnt die Verjährung gem. § 641 BGB mit der Abnahme. Das Fehlen von Angaben zur Abnahme des Werkes in dem Klageentwurf vom 29.11.1994 schloß eine Abnahme bereits im Jahr 1992 keineswegs aus. Eine zumindest konkludente Abnahme durch Ingebrauchnahme der fünf Kamine im Jahr 1992 war nach dem den Beklagten bekannten Sachverhalt naheliegend.

Die Anforderung weiterer Informationen von dem Verkehrsanwalt durch die Beklagten mit Faxschreiben vom 7.12.1994 mit dem Hinweis, daß erst nach Vorlage der ergänzenden Erläuterungen die Klage eingereicht werde, vermag die Beklagten nicht ausreichend zu entlasten. Diese waren vielmehr verpflichtet, sich rechtzeitig, naheliegenderweise telefonisch, wegen der ausbleibenden Antwort zu erkundigen. Die Beklagten haben jene Anwaltspflichten verletzt, indem sie nach Absendung ihres Faxschreibens vom

7.12.1994 untätig blieben. Ihnen ist eine schuldhaft Verletzung des Anwaltsvertrags insoweit vorzuwerfen, als die Verjährungsfrist für die Ansprüche der Klägerin abgelaufen ist. Sie haben das Mandat übernommen, für die Klägerin eine Klage in Höhe von 36.779,14 DM zuzüglich Zinsen zu erheben, welche (bei ordnungsgemäßer Zustellung) die drohende Verjährung unterbrochen hätte.

**Der Entwurf eines Schriftsatzes durch den Verkehrsanwalt beschränkt weder die Verantwortlichkeit des Prozeßbevollmächtigten für den Inhalt des Schriftsatzes noch für dessen rechtzeitige Einreichung** (vgl. BGH, NJW 1988, 1079, 1082). Den mit der Prozeßvertretung beauftragten Beklagten oblag die Pflicht zu ordnungsmäßigem prozessualen Handeln gegenüber dem Prozeßgericht. **Die Pflichten der Prozeßbevollmächtigten änderten sich nicht dadurch, daß der Nebenintervenient als Verkehrsanwalt in die Korrespondenz zwischen ihnen und der Klägerin eingeschaltet war und die Klageschrift entwarf** (vgl. BGH, NJW 1988, 3013, 3014; NJW-RR 1990, 1241, 1243).

Im vorliegenden Fall besteht eine gesamtschuldnerische Haftung der Beklagten und des Verkehrsanwalts, der, seinerseits bereits im April 1994 von der Klägerin beauftragt, weder auf die drohende Verjährung hinwies noch das Faxschreiben der Beklagten vom 7.12.1994 rechtzeitig beantwortete. **Die Prozeßbevollmächtigten und der Verkehrsanwalt haben nämlich jeder in seinem Verantwortungsbereich eine Schadenursache für denselben Schaden pflichtwidrig und schuldhaft gesetzt. Im Verhältnis von Verkehrsanwalt und Prozeßanwalt bestand hier eine Zweckgemeinschaft** (vgl. Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars 5. Aufl., Rdnr. I 170, 178 bis 181 m.w.N., Borgmann/Haug, Anwaltshaftung 3. Aufl., Kapitel VII Rdnr. 37).

**Da eine gesamtschuldnerische Haftung besteht, kann sich weder der Verkehrsanwalt noch der Prozeßbevollmächtigte, wenn er allein in Anspruch genommen wird, auf ein Mitverschulden des anderen berufen, das sich die Partei gem. §§ 254, 278 BGB anrechnen lassen müßte.** Das Maß der Verursachung und des Verschuldens ist dann nur eine **Frage des internen Ausgleichs** (§ 426 BGB, Rinsche, a.a.O., Rdnr. I 180, 182 m.w.N.).

Der Rechtsanwalt, der seinem Auftraggeber wegen positiver Vertragsverletzung zum Schadenersatz verpflichtet ist, hat diesen bei der

Schadenersatzleistung so zu stellen, wie er bei pflichtgemäßem Verhalten des Anwalts stünde. Für diese hypothetische Betrachtung ist maßgebend, wie der Vorprozeß nach Auffassung des Gerichts, das mit dem gegen den Prozeßbevollmächtigten gerichteten Schadenersatzanspruch befaßt ist, richtigerweise hätte entschieden werden müssen. Auszugehen ist dabei von dem Sachverhalt, der dem Gericht des Vorprozesses unterbreitet und von diesem Gericht aufgeklärt worden wäre.

**Die Frage, was geschehen wäre, wenn der Rechtsanwalt pflichtgemäß gehandelt hätte, ist nach § 287 ZPO unter Würdigung aller Umstände nach freier Überzeugung zu entscheiden** (BGH, NJW-RR 1990, 1241, 1244 f.).

## Steuerberaterhaftung

- Schadendarlegung, Schlechtleistung
  - Honorar des Steuerberaters
  - Nachbesserungen des neuen Beraters
- (LG Düsseldorf, Urt. v. 9.6.1998 - 7 O 364/97)

### Leitsatz (d. Red.):

Zur Darlegungslast eines Schadenersatzanspruchs wegen gezahlter Tätigkeitsvergütung an den Steuerberater, dem fehlerhafte Leistungen unterstellt werden.

### Zum Sachverhalt:

Die Kläger betreiben in Gesellschaft bürgerlichen Rechts seit dem 1.7.1991 das Reisebüro V. Sie hatten die Beklagten vom 1.11.1991 bis zum 22.6.1995 mit der Wahrnehmung sämtlicher betrieblicher und persönlicher Steuerangelegenheiten betraut. Die Beklagten führten alle Buchführungs- und Jahresabschlußarbeiten für das Reisebüro aus und erstellten die Einkommensteuererklärungen der Kläger. Das Mandatsverhältnis endete aufgrund der Kündigung durch die Beklagten.

Die Kläger nehmen die Beklagten in der Hauptsache auf Rückzahlung der an diese geleisteten Honorare in Höhe von insgesamt 30.870,94 DM in Anspruch. Sie stützen ihren Anspruch auf eine ungerechtfertigte Bereicherung der Beklagten und machen daneben Schadenersatz wegen Nichterfüllung des ganzen Vertrages geltend.

Sie vertreten die Ansicht, die von den Beklagten erstellten Bilanzen und Abschlußarbeiten wiesen so gravierende Mängel auf, daß sie letztlich nicht brauchbar seien. Die Bilanzen bedürften daher einer erheblichen Aufarbeitung und Nachbesserung. Eine „Rundum-Überarbeitung“ des Buchwerks und der Jahresabschlüsse sei erforderlich, um die Kläger vor ungerechtfertigten Ansprüchen seitens der Finanzverwaltung zu bewahren. Mit anwaltlichem Schreiben vom 13.6.1996 forderten die Kläger die Beklagten auf, die durchgeführten Buchführungsarbeiten bis zum 2.7.1996 zu korrigieren.

Die Kläger behaupten, die Beklagten hätten gegen den Grundsatz der Klarheit und Wahrheit von Buchführung und Bilanzierung verstoßen. Die erstellten Bilanzen seien nicht nachvollziehbar und zeigten, daß die Beklagten nicht mit den in der Reisebranche üblichen Abrechnungsverfahren vertraut seien.

Hinsichtlich der Bilanz für das Jahr 1994 machen die Kläger geltend, der gesamte Zahlungsverkehr sei lediglich im Eingangs- und Ausgangsbereich gebucht worden. Es sei fehlerhaft, daß die Bilanz die Rechnungen nicht buchhaltungsmäßig erfasse. Darüber hinaus werde gegen den Grundsatz „keine Buchung ohne Beleg“ verstoßen. Die Kontenbeschriftung in der Bilanz sei irreführend. Darüber hinaus sei eine Trennung nach steuerpflichtigen und steuerfreien Provisionserlösen nicht erfolgt. Die Bilanzierung unter der Position „Unklarheiten“ (Konto-Nr. ...) verstoße gegen den Grundsatz der ordnungsgemäßen Buchführung. Auch die Bilanzen für die Jahre 1991 bis 1993 wiesen diese Mängel auf.

Die Kläger tragen weiter vor, die Beklagten hätten im Jahr 1991 eine Eröffnungsbilanz der GbR zum 1.7.1991 sowie eine Ergänzungsbilanz für den Kläger zu 2) erstellen müssen. Sie behaupten insoweit, dieser habe zum 1.7.1991 die bis dahin von Frau L. gehaltenen Anteile übernommen. Die Kläger machen weiter einen Schadenersatzanspruch in Höhe von 1.680 DM geltend, weil der nunmehr beauftragte Steuerberater L. die Buchführungsarbeiten habe „wieder abstimmen“ müssen, um die Versäumnisse der Beklagten wenigstens für die laufenden Buchführungsarbeiten beseitigen zu können. Sie beziehen sich insoweit auf die Rechnung des Steuerberaters vom 29.9.1995.

Schließlich macht die Klägerin zu 1) einen Schadenersatzanspruch in Höhe von 108,20 DM geltend. Sie trägt vor, die Beklagten hätten es bei

der Erstellung der Einkommensteuererklärung für das Jahr 1994 versäumt anzugeben, daß sie, die Klägerin zu 1), im Jahr 1994 ein Haus gekauft habe. Daher sei es zu einer falschen Steuerberechnung gekommen, die zu einer nicht gerechtfertigten Steuernachforderung in Höhe von 11.018,80 DM geführt habe. Infolge einer aufgrund dieser Steuernachforderung vorgenommenen Kontenpfändung seien ihr Pfändungsgebühren in Höhe von 75 DM sowie Zinsnachteile in Höhe von 33,20 DM entstanden. (...)

Die Beklagten tragen vor, die ihnen übertragenen Arbeiten ordnungsgemäß erfüllt zu haben. Die erstellten Bilanzen seien nachvollziehbar. Die Kontenbezeichnungen im Jahresabschluß seien Abkürzungen der Kontenbezeichnungen auf den Kontenkarten.

Zu der von den Klägern gerügten fehlenden Eröffnungsbilanz tragen sie vor, diese hätten die GbR am 1.7.1991 neu gegründet. Zumindest hätten die Kläger bei Aufnahme des Mandats im November 1991 einen solchen Sachverhalt mitgeteilt.

Hinsichtlich des von der Klägerin zu 1) geltend gemachten Schadens in Höhe von 108,20 DM bestreiten die Beklagten, daß die Klägerin ein Haus gekauft habe. Vielmehr habe der Kläger zu 2) ein Haus mit notariellem Vertrag vom 20.12.1994 gekauft, die steuerlichen Auswirkungen dieses Kaufs seien berücksichtigt worden.

Die Klage ist unbegründet.

Das Versäumnisurteil vom 9.12.1997, mit dem die Klage insgesamt abgewiesen wurde, war aufrechtzuerhalten.

#### Aus den Gründen:

##### I.

Die Kläger haben einen Anspruch gegen die Beklagten auf Rückzahlung der an diese geleisteten Honorare in Höhe von insgesamt 30.870,94 DM nicht schlüssig vorgetragen.

1. Ein Anspruch aus ungerechtfertigter Bereicherung, auf den sich die Kläger in erster Linie beziehen, scheidet aus, weil die Voraussetzungen des § 812 BGB nicht vorliegen. Die von den Klägern **behauptete Schlechterfüllung durch die Beklagten stellt keine rechtsgrundlose Bereicherung dar.**

2. Ebenso ist ein Anspruch auf Rückzahlung der geleisteten Honorare aus den §§ 326, 325 Abs. 1, Satz 3, 323 Abs. 3 BGB, auf die sich die Kläger zur Stützung ihres Anspruches ebenfalls beziehen, nicht gegeben.

Ein Anspruch auf Leistung von Schadenersatz gemäß § 326 BGB würde voraussetzen, daß die Beklagten sich mit der Erfüllung einer Hauptleistungspflicht in Verzug befinden. Die Beklagten haben die von ihnen geschuldeten Buchführungsarbeiten und Steuererklärungen jedoch erbracht; ein Fall der schuldhaften Nichtleistung liegt nicht vor.

**Selbst wenn der Vortrag der Kläger zutreffen sollte, wonach die von den Beklagten erstellten Arbeiten mit erheblichen Fehlern behaftet sind, liegt lediglich ein Fall der Schlechterfüllung, nicht aber der nicht erbrachten Leistung vor.** Dafür spricht schon der Umstand, daß das Finanzamt die von den Beklagten eingereichten Erklärungen akzeptiert hat. Einen entgegenstehenden Sachverhalt haben die Kläger zumindest nicht substantiiert vorgetragen. Aus diesem Grund scheidet auch ein Anspruch der Kläger aus § 325 BGB aus, der die Unmöglichkeit der von den Beklagten zu erbringenden Leistung voraussetzen würde.

3. Ein Anspruch auf Rückzahlung der an die Beklagten gezahlten Honorare aus **positiver Forderungsverletzung**, als der aus Sicht der Kammer allein in Betracht kommenden Anspruchsgrundlage, ist nicht gerechtfertigt.

a) Das Institut der positiven Forderungsverletzung findet vorliegend Anwendung, weil das zwischen den Parteien geschlossene Vertragsverhältnis als Dienstvertrag einzuordnen ist. Der Steuerberater erbringt seine Tätigkeit in der Regel auf der Grundlage eines **Geschäftsbesorgungsvertrages mit Dienstvertragscharakter**. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Steuerberater seine Klienten, wie im zu entscheidenden Fall, dauernd berät und von ihnen mit der Wahrnehmung aller steuerlichen Belange beauftragt wird. Ein **Werkvertrag** kann demgegenüber nur dann angenommen werden, wenn konkrete Einzelleistungen Gegenstand des Vertrages sind, wie etwa die Erteilung einer Auskunft über eine bestimmte Frage oder die Erstellung **einer Bilanz** (vgl. BGHZ 54, 106, 107); Palandt/Sprau, BGB 57. Aufl., Einf. v. § 631 Rdnr. 18).

b) Es kann allerdings dahinstehen, ob die von den Beklagten erstellten Bilanzen die von den

Klägern vorgetragenen Fehler aufweisen und diesen daher eine Verletzung ihrer dienstvertraglichen Pflichten zur Last zu legen ist. Jedenfalls können die Kläger im Rahmen eines Anspruchs aus positiver Forderungsverletzung **keinen Schaden in Höhe der an die Beklagten geleisteten Tätigkeitsvergütung** geltend machen. Die vom Schuldner zu vertretende positive Forderungsverletzung begründet einen Schadenersatzanspruch, der sich auf alle unmittelbaren und mittelbaren Nachteile des schädigenden Verhaltens erstreckt. Die im Rahmen des Vertragsverhältnisses geleistete **Vergütung ist kein solcher zu ersetzender Nachteil, weil der Gläubiger diese auch im Falle der ordnungsgemäßen Vertragserfüllung hätte zahlen müssen.**

## II.

Die Kläger haben ebenso einen Anspruch auf Zahlung von 1.680 DM aus positiver Forderungsverletzung nicht schlüssig vorgetragen. Andere Anspruchsgrundlagen sind auch insoweit nicht ersichtlich. Die Kläger tragen vor, der von ihnen **beauftragte Steuerberater L. habe ihnen Gebühren in dieser Höhe in Rechnung gestellt, weil er die Buchführungsarbeiten der Beklagten habe „wieder abstimmen“ müssen.**

Die von den Klägern zur Beseitigung der von ihnen behaupteten Fehler in der Buchführung getätigten Aufwendungen sind zwar grundsätzlich ersatzfähig. Der Vortrag der Kläger läßt aber nicht erkennen, welche der – behaupteten – Fehlleistungen der Beklagten den in Ansatz gebrachten Aufwand im einzelnen adäquat kausal verursacht haben. Es ist darüber hinaus nicht ersichtlich, welche Arbeiten der Steuerberater konkret durchgeführt haben soll. **Die Behauptung, der Steuerberater habe eine neue Finanzbuchführung erstellt, ist zu pauschal.**

## III.

Schließlich hat die Klägerin zu 1) einen Schadenersatzanspruch gegen die Beklagten aus positiver Forderungsverletzung in Höhe von 108,20 DM nicht schlüssig vorgetragen. Der Vortrag der Klägerin, bei der Erstellung ihrer Einkommensteuererklärung für das Jahr 1994 sei ein Hauskauf nicht berücksichtigt worden, ist schon deshalb nicht hinreichend substantiiert, weil weder dargelegt wird, welches Haus die Klägerin zu welchem Kaufpreis gekauft haben will, noch das Datum des Kaufvertragsabschlusses mitgeteilt oder eine Kopie der Vertragsurkunde zur Akte gereicht wird.

## GI Hinweis

**In 3. erweiterter Auflage wird von Schwedhelm „Die Unternehmensumwandlung, Verschmelzung, Spaltung, Formwechsel, Einbringung“ vorgelegt.**

Das Beratungsbuch hat den Erlaß der Finanzverwaltung zum Umwandlungssteuergesetz eingearbeitet und sich auch der neuen Rechtsform „Partnerschaft“ gewidmet.

Die Neuerscheinung ist ebenso wie die Voraufgaben in hohem Maße benutzerfreundlich gestaltet. Es hält die ABC-Form vom Anfang bis zum Ende durch. Dies erleichtert den in der Tagesarbeit stehenden Steuerberatern, Rechtsanwälten, Wirtschaftsprüfern und Notaren den schnellen Zugriff auf das jeweilige Problem. Das Werk wird unterstützt durch eine beiliegende CD-ROM.

Schwedhelm: Die Unternehmensumwandlung, Verschmelzung, Spaltung, Formwechsel, Einbringung, 3. aktualisierte und erweiterte Auflage 1999, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 450 Seiten, mit CD-ROM, DM 158,-, ISBN 3-504-62306-3.

## Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

### Heft 1-5

#### Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

- Honorarvereinbarung, Liquidator  
= Auslegung 99, 85

#### Anwaltsvertrag

- RA und Aufsichtsrat 99, 33
- Zustandekommen des > 99, 33

#### Aufsichtsrat

- Anwaltstätigkeit des > 99, 33

#### Belehrungspflicht des RA

- >, baubegleitende 99, 6

#### Belehrungspflicht des StB/WP

- Bilanzierungspflicht  
= Kleingewerbetreibender 99, 98
- Entnahme, steuerfreie,  
§ 52 Abs. 15 Satz 8 Nr. 2 EStG 99, 18
- Investitionszulagenantrag 99, 50
- Kleingewerbetreibender  
= Bilanz, unnötige 99, 98

#### Berichtigung, § 129 AO

- Einnahme-Überschuß-Rechnung 99, 46
- USt-Vorauszahlung 99, 46

#### Berufsverbot

- > des RA
- = wg. Verteidigerpost 99, 75

#### Berufung

- >, zweite 99, 12

#### Berufungsbegründungsfrist

- Antrag, mangelhafter 99, 116
- Fristenkontrolle 99, 113, 117
- Verlängerungsantrag, erster 99, 83
- Wiedereinsetzung 99, 83

#### Berufungsfrist

- Parteibezeichnung 99, 32

#### Berufungsschrift

- Auslegung der > 99, 32
- Falschbezeichnung, erkennbare 99, 32

#### Betrug

- Zahlungsunfähigkeit, Bestellung 99, 24

#### Beweislast

- Honorarrückforderung 99, 39
- Sitzungsprotokoll 99, 73
- Vergleichsinhalt 99, 73

#### Entnahme

- >, steuerfreie,  
§ 52 Abs. 15 Satz 8 Nr. 2 EStG 99, 18

#### Finanzgerichtsordnung

- Vorbringen, verspätetes,  
§ 79b Abs. 2 FGO
- = Unterlagen beim Konkursverwalter 99, 24

#### Firma

- Zusatz „und Partner“ 99, 49

#### Fristenkontrolle

- Berufungsbegründungsfrist 99, 113, 116, 117
- Bote 99, 29
- Empfangsbekanntnis 99, 25
- Fristenkontrollbuch  
= Erledigungskontrolle 99, 12
- = >, EDV-gestütztes 99, 113
- = Fristverfügung, Klebezettel 99, 83
- = Organisationsanweisung 99, 61, 112
- = Organisationsverschulden,  
Klebezettel 99, 83
- = Streichung der Frist 99, 28
- Fristversäumnis, unverschuldetes  
= Anweisung  
- > an Bürokraft 99, 12, 61, 112
- Klebezettel 99, 83
- = Beförderung der Post 99, 29
- = durch Mitarbeiter 99, 4
- = Brief an unzuständiges Gericht 99, 4
- = Empfangsbekanntnis,  
= Unterzeichnung des > 99, 12
- = Weiterleitung durch Gericht 99, 4
- Kanzlei, gemischte 99, 117
- Organisationsanweisung  
= Anruf des Gerichts 99, 30
- = EDV-Kontrollausdruck 99, 113
- = Faxnummer, falsche 99, 61
- = Fristenkontrollbuch 99, 61, 112
- = Gerichtspost 99, 28



- Telefax		= Einrichtung der >	99, 71
= Nummer, falsche	99, 61	= Rahmensatz	99, 71
<b>Gesamtschuld/-schuldner</b>		= Tätigkeiten, sonstige	99, 71
- Verkehrs- und Prozeßanwalt	99, 124	= Überschußrechnung, § 33 StBGebV	99, 66
<b>Gewinnermittlung</b>		- Einforderbarkeit, § 9 StBGebV	
- Wahl der Art der >	99, 66	= Einzelangaben, nachträgliche	99, 71
<b>GI Aktuell</b>		- Ermittlungsverfahren, § 31 StBGebV	99, 39
- Aktivierung, Gewinnansprüche	99, 81	- Fälligkeit, § 7 StBGebV	99, 42
- Antragsunterschrift, InvZul		- Gebührenrahmen, § 11 StBGebV	
= Telefax	99, 81	= Bestimmungsrecht,	
- BVerfG-Urteile zur Familienbesteuerung		= Festlegung	99, 39, 64
= Folgen	99, 60	= Buchführung	99, 71
- Existenzminimum	99, 54	= Darlegungslast	99, 66
- Fristversäumnis, Verkehrsstau	99, 4	= Lohnbuchhaltung	99, 71
- Gewerbebeertragsteuer	99, 28	- Kleingewerbetreibender	99, 98
- Haushaltsfreibetrag		- Lohnbuchhaltung, § 34 StBGebV	
= bei Ehegatten	99, 54	= Rahmensatz	99, 71
- Kinderbetreuungskosten		- Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	
= bei Ehegatten	99, 54	= Vereinbarung, unwirksame	99, 64
- Kinderfreibeträge	99, 58	- Rechnung, fehlerhafte	
- Lebensversicherung		= Nachbesserung	99, 39
= Vertragsänderung	99, 107	- Rückforderungsanspruch, § 812 BGB	99, 125
- Lohnsteuer		- Schlechtleistung	99, 125
= Trinkgelder	99, 108	- Tätigkeit, sonstige,	
- Restitutionsklage, Anmeldefrist	99, 2	§ 33 Abs. 7 StBGebV	99, 71
- Schuldzinsenabzug, Baudarlehen	99, 81	- Verjährungsbeginn, § 196 Abs. 1 Nr. 15	99, 42
- Schuldzinsen, private	99, 4	- Zeitgebühr	
- Telefax		= Angaben, § 13 StBGebV	99, 42
= Unterschrift	99, 81	= Einrichtung der Buchführung	99, 71
= Vergütung, urheberrechtliche	99, 82	= Ermittlungsverfahren	99, 39
- Telefonwerbung	99, 106	= Mittelgebühr	99, 71
- Unterschrift, Telefax	99, 81	= Tätigkeiten, sonstige	99, 71
- Versicherungsbedingungen		<b>Information an Mandanten</b>	
= Anpassungsklausel	99, 107	- Steuerbescheid, Übersendungsart	99, 43
- Zinsbesteuerung verfassungsgemäß	99, 80	- Unterbrechung der >	
- Zulassung, Rechtsanwalt, DDR	99, 2	= Rechtsanwalt, neuer	99, 44
<b>GmbH</b>		<b>Investitionszulage</b>	
- Bareinlageverpflichtung	99, 20	- Auftrag zur Beantragung	99, 50
- Geschäftsführer		- Betriebsvorrichtung	99, 50
= Einlagebestätigung	99, 20	- Ladeneinbau	99, 50
<b>Hilfeleistung in Steuersachen</b>		- Unterschrift	99, 81
- siehe unter Steuerberatungsgesetz		<b>Kausalität</b>	
<b>Honoraranspruch des RA</b>		- Information des Mandanten	99, 43
- Belehrungspflicht über >	99, 33	- > zwischen Pflichtwidrigkeit	
- Einforderbarkeit	99, 33	und Schaden	
- Fälligkeit	99, 33	= Entscheidung des Gerichts	99, 69
- Honorarvereinbarung		= Verhalten, beratungskonformes	99, 91
- Auslegung	99, 85	<b>Kostenerstattungsanspruch</b>	
- Liquidator	99, 85	- StB-Kosten	99, 18
- Rechtsbeistandstätigkeit	99, 33	<b>Liquidator</b>	
<b>Honoraranspruch des StB</b>		- Honorar	
- Abschlagszahlung		= Sondervergütung	99, 85
= Verrechnung	99, 64	<b>Mandatsniederlegung</b>	
- Änderung der Rechnung		- Fristenlauf	99, 29
= > im Gebührenrechtsstreit	99, 71	- Mitteilung	99, 29
- Bereicherungsanspruch	99, 39	<b>Mitverschulden</b>	
= > des Mandanten	99, 125	- Bareinlage, GmbH	99, 20
(s. auch Rückforderungsanspruch, § 812 BGB)		- Informationen an RA	
- Bestimmungsrecht	99, 39	= > durch Mandanten	99, 108
- Bilanz, unnötige	99, 98	- Informationen an StB	99, 43
- Buchführung		- Prüfungspflicht des Mandanten	99, 25

- Steuererklärung = Zinserträge	99, 25
<b>Nachbesserung</b>	
- Rechnung, fehlerhafte	99, 39
- Schaden	99, 125
<b>Notar</b>	
- Belehrungspflichten	
= Vorleistungen, ungesicherte	99, 91
- Vorleistungen, ungesicherte = Grundstück an Liebhaber	99, 91
<b>Prozeßvollmacht</b>	
- BGB-Gesellschaft	99, 49
<b>Rechtsanwalt</b>	
- Belehrungspflicht	
= Vergütungsanspruch	99, 33
- Beratungspflichten	
= Bauvertrag	99, 6
- Grundsatz des sichersten Weges	99, 124
- Kündigungsschutzklage	
= Sachverhaltsaufklärung	99, 108
= zwei Kündigungserklärungen	99, 108
- Liebhaberei	99, 26
- Sachverhaltsermittlung	99, 108
- Tätigkeitsschwerpunkt	
= Forderungseinzug	99, 100
- Untätigkeit	99, 44
- Versicherungsmandat	99, 44
- Verkehrs-/Prozeßanwalt	99, 124
- Vertreter	
= Rechtsmittelschrift	99, 115
= >, amtlich bestellter	99, 115
<b>Rechtsberatung/Rechtsbesorgung</b>	
- > durch WP	
= Vertragsberatung	99, 50
<b>Rechtsmittel</b>	
- Gerichtsentscheidung	
= Form, falsche	99, 61
= Meistbegünstigungsgrundsatz	99, 61
- >, einheitliches	99, 12
- >, wiederholtes	99, 12
<b>Schaden</b>	
- Eigentumswohnung	99, 16
- Honorar an StB	99, 125
- Kalkulationsschaden, USt	99, 22
- Kosten des StB	99, 18
- Nachbesserungskosten	99, 125
- Prozeßverlust	99, 69
- Schadenbetrachtung, konsolidierte	
= Eigentumswohnung	99, 16
- Sozialversicherungsbeiträge	99, 119
- Sozialversicherungshaftung	99, 119
- Umsatzsteuer	99, 22
- Verzugschaden	99, 69
<b>Sozialrecht</b>	
- Beratung durch StB/WP	99, 119
<b>Sozietät</b>	
- >, überörtliche	
= Rechtsanwalt	99, 75
= Zweigstellenverbot	99, 75

## Steuerberatungsgesetz

- § 33, Hilfeleistung in Steuersachen = Sozialversicherungsberatung	99, 119
--	---------

## Steuerberatungsvertrag

- Investitionszulagenantrag	99, 50
- Kreditvermittlung	99, 15
- Sozialversicherungsberatung	99, 119
- Zustandekommen des >	
= Abschluß, stillschweigender	99, 15
= > mit Mitarbeiter	99, 22

## Steuerbescheid

- Übersendungsart	99, 43
-------------------	--------

## Steuererklärung

- Abgabe, rechtzeitige	99, 69
------------------------	--------

## Unterschrift

- Wiedereinsetzung	99, 5
--------------------	-------

## Versäumnisurteil

- >, zweites	99, 12
--------------	--------

## Versicherungsberatung

- Rechtsanwalt, Brandschaden	99, 44
------------------------------	--------

## Versicherungsschutz

- Rechtsschutzversicherung	
= Kostenerrhöhung, unnötige	99, 48
= Obliegenheitsverletzung	99, 48

## Verspätungszuschläge

- Verzugschaden	99, 69
-----------------	--------

## Verzug

- > des Steuerberaters	99, 69
------------------------	--------

## Vollmacht

- Anscheinsvollmacht	99, 26
- Rechtsbehelfsverfahren	99, 26

## Werbeverbot

- Leistungsbeschreibung	99, 75
- Notar	
= Briefbogen, Farbe	99, 100
- Praxisbroschüre	99, 75
- Selbstdarstellung, erlaubte	99, 24
- Sozietät, gemischte	99, 24

## Wettbewerbsverbot

- Sittenwidrigkeit	99, 101
- >, nachvertragliches	99, 101

## Wiedereinsetzung

- Berufungsbegründungsfrist (s. dort)	
- Unterschrift	99, 5
- Vertrauensschutz	99, 5

## Wirtschaftsprüfer

- WP-Gesellschaft	
= Niederlassungsleiter	99, 100

## Zugang

- Übersendungsart	99, 43
-------------------	--------

## Zweigstellenverbot, § 28 Abs. 1 BRAO

99, 75
--------

BVerfG v. 24.7.1997 – 1 BvR 1863/96 = WPK-Mitt 97, 317	99, 100	OLG Koblenz v. 28.10.1997 – 4 O 759/97	99, 50
BVerfG v. 20.10.1998 – 1 BvR 1730/98	99, 2	OLG Köln v. 6.8.1998 – 18 U 293/98	99, 43
BVerfG v. 10.11.1998 – 2 BvR 1057/91	99, 54		
BVerfG v. 10.11.1998 – 2 BvL 42/93	99, 58	OLG München v. 15.12.1997 – 1Z RR 338/96	99, 44
BVerfG v. 10.11.1998 – 2 BvR 1852/53/97	99, 58	= AnwBl 98, 608	
BVerfG v. 17.11.1998 – 1 BvL 10/98	99, 28	OLG München v. 27.2.1998 – 21 U 4491/97	99, 124
BVerfG v. 26.11.1998 – 1 BvR 2069/98	99, 2	= AnwBl 98, 608	
BGH v. 21.4.1997 – II ZB 14/96 = WPK-Mitt 97, 244	99, 49	LG Bonn v. 13.5.1998 – 5 S 199/97	99, 18
BGH v. 26.5.1997 – AnwZ (B) 64/96 = WPK-Mitt 97, 322	99, 100	LG Düsseldorf v. 9.6.1998 – 7 O 364/97	99, 125
BGH v. 14.7.1997 – II ZR 238/96 = WM 97, 1707	99, 101	LG Freiburg v. 30.9.1997 – StL 1/97 = WPK-Mitt 98, 337	99, 75
BGH v. 19.12.1997 – 2 StR 420/97 = wistra 98, 177	99, 24	LG Krefeld v. 10.1.1997 – 1 S 115/96, rkr.	99, 98
BGH v. 17.2.1998 – 1 StR 5/98 = wistra 98, 179	99, 24	LG Lüneburg v. 26.8.1997 – 3 O 402/96, rkr.	99, 20
BGH v. 2.4.1998 – I ZR 4/96 = AnwBl 98, 604	99, 75	LG Marburg v. 14.10.1998 – 5 S 14/98, rkr.	99, 22
BGH v. 2.7.1998 – IX ZR 63/97	99, 33		
BGH v. 16.7.1998 – VII ZR 409/97	99, 12	AG Bremen v. 19.8.1998 – 25 C 0146/98	99, 48
BGH v. 16.7.1998 – VII ZB 7/98	99, 32		
BGH v. 30.7.1998 – III ZB 7/98	99, 12		
BGH v. 20.8.1998 – VII ZB 6/98	99, 30	BFH v. 15.10.1996 – VII B 119/96	99, 24
BGH v. 10.9.1998 – II ZB 21/98	99, 29	= BFH/NV 97, 514	
BGH v. 17.9.1998 – I ZB 33/98	99, 117	BFH v. 31.10.1996 – VIII B 11/96	99, 25
BGH v. 17.9.1998 – IX ZR 237/97	99, 85	= BFH/NV 97, 459	
BGH v. 17.9.1998 – IX ZR 291/97	99, 6	BFH v. 8.11.1996 – VII R 89/96	99, 4
BGH v. 28.9.1998 – II ZB 19/98	99, 5	= BFH/NV 97, 492	
BGH v. 8.10.1998 – VII ZB 21/98	99, 116	BFH v. 28.11.1996 – XI R 76/95	99, 4
BGH v. 12.10.1998 – II ZB 11/98	99, 113	= BFH/NV 97, 497	
BGH v. 22.10.1998 – VII ZB 15/98	99, 115	BFH v. 4.12.1996 – IV B 51/96	99, 26
BGH v. 27.10.1998 – X ZB 20/98	99, 112	= BFH/NV 97, 500	
BGH v. 3.11.1998 – VI ZB 29/98	99, 61	BFH v. 12.2.1997 – X B 146/96	99, 26
BGH v. 11.11.1998 – VIII ZB 24/98	99, 83	= BFH/NV 97, 542	
BGH v. 19.11.1998 – IX ZR 152/98	99, 4	BFH v. 10.3.1997 – V R 63/96	99, 49
BGH v. 17.12.1998 – VII ZB 19/98	99, 83	= BFH/NV 97, 770	
BGH v. 28.1.1999 – I ZR 208/96	99, 82	BFH v. 13.3.1997 – III B 135/96	99, 28
BGH v. 11.2.1999 – IX ZR 14/98	99, 108	= BFH/NV 97, 773	
BGH v. 16.3.1999 – XI ZR 76/98	99, 106	BFH v. 13.3.1997 – III B 185/96	99, 28
BGH v. 17.3.1999 – IV ZR 218/97	99, 107	= BFH/NV 97, 773	
		BFH v. 22.4.1998 – XI R 10/97	99, 26
		= NJW 98, 2471	
		BFH v. 27.10.1998 – IX R 44/95	99, 81
OLG Dresden v. 9.2.1998 – 17 U 267/97	99, 73	BFH v. 27.10.1998 – IX R 19/96 + 29/96	99, 81
OLG Dresden v. 9.6.1998 – 14 U 3245/97 = BRAK-Mitt. 98, 235	99, 24	BFH v. 26.11.1998 – IV R 52/96	99, 81
		BFH v. 15.12.1998 – VIII R 6/98	99, 80
OLG Düsseldorf v. 13.2.1997 – 13 U 281/93	99, 16	BFH v. 17.12.1998 – III R 87/96	99, 81
OLG Düsseldorf v. 23.10.1997 – 13 U 225/96	99, 15	BFH v. 19.2.1999 – VI R 43/95	99, 108
OLG Düsseldorf v. 20.11.1997 – 13 U 25/97	99, 64		
OLG Düsseldorf v. 20.11.1997 – 13 U 32/97	99, 66	FG Berlin v. 20.11.1998 – 8 K 8072/97	99, 46
OLG Düsseldorf v. 26.2.1998 – 13 U 61/97	99, 119		
OLG Düsseldorf v. 2.4.1998 – 13 U 86/96	99, 39	FG Brandenburg v. 10.11.1993 – 2 K 154/92 I	99, 50
OLG Düsseldorf v. 4.6.1998 – 13 U 151/97	99, 42		
OLG Düsseldorf v. 9.7.1998 – 13 U 164/97	99, 69		
OLG Düsseldorf v. 10.12.1998 – 13 U 231/97	99, 71	Schleswig-Holst. Anwaltsgerichtshof v. 19.6.1998 – 2 AGH 4/98 = AnwBl 98, 605	99, 75
OLG Hamm v. 21.3.1997 – 25 U 110/96 = NWB Fach 30, 1127	99, 25		
OLG Karlsruhe v. 22.12.1994 – 18a U 12/94, rkr. nach Rücknahme der Revision unter Az. IX ZR 22/95	99, 50	VG Sigmaringen v. 4.12.1997 – 8 K 268/96 = WPK-Mitt 98, 351	99, 100

Pflichten des neuen Steuerberaters •  
Zurückliegende und abgeschlossene  
Vorgänge • Darlegungslast und Hin-  
weis auf BP-Bericht (LG Frankfurt);  
Fortschreibung mtl. USt-Voranmel-  
dungen in der Jahreserklärung •  
Kenntnis des Mandanten von den  
Fehlern (LG Dortmund);  
Steuerberaterhonorar • Buch-  
führungsauftrag • Abstimmung und  
Verprobung als eigener Gebühren-  
tatbestand? (AG Duisburg-Hamborn);  
Immobilienverkauf • Berechnung  
eines Steuervorteils • Erhaltungs-  
modell, Reparaturaufwendungen •  
Verschulden bei Vertragsschluß (BGH);

Steuerberatung • Gestaltungsbera-  
tung • Anscheinsbeweis für bera-  
tungskonformes Verhalten? • Auf-  
deckung stiller Reserven (BGH);  
Fristversäumnis • Stau auf der  
Fahrt zum Gericht • Information  
des Gerichts • Gebot der Rücksicht-  
nahme der Verfahrensbeteiligten  
(BGH);  
Fehlerhafte Lohnsteuerberechnung •  
Erstattungsanspruch gegen Arbeit-  
nehmer als Lohnsteuerschuldner •  
Wegfall des Kausalzusammenhangs •  
Nachbesserungsrecht bei fehler-  
hafter Bilanz und Steuererklärung  
(OLG Düsseldorf)



#### BEIHEFTER:

In unserem GI-Beihefter informieren wir Sie über die neuen Wege der betrieblichen Altersversorgung. Gerling hat jetzt das Modell ProLife entwickelt, daß einen Entgeltverzicht über eine überbetriebliche rückgedeckte Unterstützungskasse ermöglicht.

Der Mitarbeiter erhält die Möglichkeit, seine Versorgungssituation im Alter gezielt zu verbessern und gleichzeitig die steuerliche Belastung seines eingesetzten Betrages auf die Rentenzeit zu verlagern.

Steuerentlastungsgesetz  
1999/2000/2002

Von den Neuregelungen des Steuer-  
entlastungsgesetzes ist auch die  
betriebliche Altersversorgung betroffen.  
In unserem Beitrag informieren wir  
Sie kurz über die wesentlichen Auswir-  
kungen auf die Direktversicherung.

#### IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für  
wirtschaftsprüfende, rechts-  
und steuerberatende Berufe  
ISSN 1430-550 X

#### Herausgeber:

Gerling  
Marketing Freie Berufe  
50597 Köln  
Telefon: (02 21) 1 44-40 70  
Telefax: (02 21) 1 44-51 55

#### Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,  
Fachanwalt für Steuerrecht  
(verantwortlich für den Inhalt)

#### Erscheinungsweise:

12 mal im Jahr, jeweils am  
10. des Monats

#### Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,  
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

#### Layout und Satz:

Type Connection,  
Bonner Straße 48, 50374 Erftstadt

#### Druck:

Westholsteinische Verlagsdruckerei  
Boyens & Co.,  
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide

#### Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.  
Preis: DM 96,- jährlich inklusive  
Mehrwertsteuer und Versandspesen.  
Die Postgebühren sind jeweils ein-  
geschlossen. Bestellungen nimmt  
der Herausgeber entgegen.